

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Karen Schober-Gottwald

Jugendliche ohne Berufsausbildung

9. Jg./1976

**2**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Jugendliche ohne Berufsausbildung

## Eine Literaturstudie unter besonderer Berücksichtigung bestehender und neu zu konzipierender Lösungsansätze und Maßnahmen

Karen Schober-Gottwald

Die vorliegende Literaturstudie wurde im Herbst 1975 im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft als Grundlage für eine Expertendiskussion erstellt. Für die jetzt vorgelegte Veröffentlichung wurden einige Abschnitte aufgrund neueren empirischen Materials überarbeitet.

In den vergangenen 20 Jahren konnte der Anteil der Jugendlichen, die ohne Berufsausbildung ins Erwerbsleben eintreten, erheblich gesenkt werden, so daß eine Annäherung an die Zielwerte des Bildungsgesamtplans bis 1985 realistisch erschien und die „Jungarbeiter“ keine besondere Problemgruppe für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik mehr darstellten.

Unter dem Druck der ab 1977 ins Erwerbsleben eintretenden geburtenstarken Jahrgänge gewinnt jedoch das Problem der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag erneut Bedeutung. Es steht zu befürchten, daß aufgrund der Kapazitätsengpässe auf allen Ausbildungsebenen keine weitere Reduzierung des Anteils der jugendlichen Ungelernten, sondern — im Gegenteil — eine erhebliche Ausweitung erfolgen wird.

Während sich bisher die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag vornehmlich aus sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten rekrutierten und ihre berufliche Karriere als Ungelernter durch familiäre und schulische Sozialisation weitgehend vorherbestimmt war, wird in Zukunft dieser Personenkreis auch aus solchen Jugendlichen bestehen, die unter „normalen“ Ausbildungs- und Arbeitsmarktbedingungen eine Berufsausbildung aufgenommen und auch einen Ausbildungsplatz bekommen hätten.

Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, den Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung zu reduzieren, müssen daher zwischen dem „traditionellen“ Personenkreis der Jugendlichen ohne Berufsausbildung und jenen Jugendlichen, die derzeit und künftig aufgrund fehlender Ausbildungsmöglichkeiten ohne Berufsausbildung bleiben, deutlich unterscheiden. Im ersteren Falle bedarf es vor allem solcher Maßnahmen, die im Bereich der Familie, der Schule und der Arbeitswelt Sozialisationsdefizite ausgleichen bzw. gar nicht erst aufkommen lassen. Diese Maßnahmen müssen in erster Linie darauf abzielen, in der Lebenswelt der Jugendlichen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Jugendliche jene kognitiven und motivationalen Fähigkeiten entwickeln können, die für die Aufnahme einer Berufsausbildung unerlässlich sind.

Jugendlichen, die ausschließlich aufgrund der derzeitigen und künftigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation keine Berufsausbildung beginnen können, ist hingegen nicht mit motivationsfördernden Maßnahmen zu helfen, sondern nur mit solchen Maßnahmen, die zusätzliche Ausbildungskapazitäten schaffen.

### 1. Einleitung

- 1.1 Zielsetzung und aktueller Anlaß für die Beschäftigung mit der Problemgruppe der Jugendlichen ohne Berufsausbildung
- 1.2 Fragestellung der Studie und Darstellung des verwendeten Materials

### 2. Quantitative und strukturelle Entwicklung

- 2.1 Quantitative Entwicklung der vergangenen 20 Jahre
- 2.2 Vorbildung, soziale und regionale Herkunft
- 2.3 Beschäftigungslage

### 3. Ursachen: Weshalb gibt es Jungarbeiter?

- 3.1 Soziale Schichtzugehörigkeit, gesellschaftliches Bewußtsein und die Erziehung in der Familie
- 3.2 Selektions- und Zuschreibungsmechanismen der Schule
- 3.3 Das System der Berufsausbildung
- 3.4 Das Beschäftigungssystem: Qualifikationsanforderungen und Arbeitsplätze für Jugendliche

### 4. Zukünftige quantitative Entwicklung

### 5. Lösungsansätze und Maßnahmen

- 5.1 Bestehende Maßnahmen: Zielsetzung und Erfolg
- 5.2 Resümee der Ursachenanalyse und Konsequenzen für neu zu konzipierende Lösungsansätze und Maßnahmen
- 5.3 Eingriffsstellen für Maßnahmen
- 5.4 Darstellung und Diskussion ausgewählter neuer Lösungsansätze und Maßnahmen
- 5.5 Schlußbemerkung

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

#### 1. Einleitung

##### 1.1 Zielsetzung und aktueller Anlaß für die Beschäftigung mit der Problemgruppe der Jugendlichen ohne Berufsausbildung

Nach der „vergessenen Majorität“ der Auszubildenden im dualen System, die von der Berufsbildungsforschung und von der Bildungspolitik Anfang der 70er Jahre entdeckt wurde, wendet sich nun — Mitte der 70er Jahre — die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen einer bis dahin „verlassenen Minorität“ zu: den Jugendlichen, die ohne Berufsausbildung ins Erwerbsleben treten. Diese Problemgruppe ist nicht neu, wie die über 50 Jahre anhaltende berufspädagogische Diskussion zeigt<sup>1)</sup>. Außerhalb der Be-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu u. a. A. Lipsmeier, in: BBF (1974), S. 135 ff.; H. J. Röhrs, K. Stratmann, in: BBF (1975), S. 327 ff.

rufspädagogik wurde dem Thema jedoch wenig Bedeutung beigemessen, zumal diese Problemgruppe in den vergangenen 20 Jahren quantitativ zunehmend an Bedeutung verlor. Daß die Jugendlichen ohne Berufsausbildung nun wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses gelangen, hat im wesentlichen zwei Ursachen.

Die *bildungspolitischen Bemühungen* um eine Erhöhung der Übergangsquoten in weiterführende Schulen, um eine Verbesserung der Hauptschulbildung und der Berufsausbildung sowie die Ansätze zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres werfen immer dringlicher die Frage auf, wie diejenigen Jugendlichen in die Reformbemühungen integriert werden können, deren soziale Lage und individuelle Disposition sie nicht zu einer qualifizierten Schul- oder Berufsbildung motivieren bzw. befähigen. Der verfassungsmäßige Auftrag des Rechtes auf Bildung und die Forderung nach Chancengleichheit sollte auch für diese Gruppe eingelöst werden.

Der andere, politisch brisantere Ansatzpunkt für das gegenwärtige Interesse an dieser Gruppe ist die Befürchtung, daß aufgrund der *konjunkturellen und demographischen Entwicklung* sowie des *anhaltenden Ausbildungsstellenmangels* die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung erheblich ansteigen wird. Experten vermuten einen *Anstieg auf 20–25 % aller Berufsschüler<sup>2)</sup>*. Die Gefahr, daß sich die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung aufgrund der genannten Faktoren nun quantitativ beträchtlich vermehrt — und zwar um solche Jugendliche, die unter anderen Arbeitsmarktbedingungen eine Berufsausbildung aufgenommen hätten, also nicht zum Personenkreis derer gehören, aus dem sich bisher die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag rekrutierten —, zwingt die Verantwortlichen, schnelle Abhilfe zu schaffen. Bei diesem Bemühen darf jedoch nicht übersehen werden, daß die *aus der aktuellen Arbeitsmarktsituation heraus zu erwartende Vermehrung des Jungarbeiterkreises nur wenig mit dem traditionellen Jungarbeiterproblem zu tun hat*. Maßnahmekonzepte, die jugendliche Arbeitslose „von der Straße holen“ wollen, die Bildungsmöglichkeiten für z. Z. nicht unterzubringende Jugendliche schaffen wollen, und prinzipielle Lösungsansätze zur Behebung der Jungarbeiterproblematik sollten deutlich voneinander getrennt werden.

## 1.2 Fragestellung der Studie und Darstellung des verwendeten Materials

Die vorliegende Studie befaßt sich allgemein mit der Personengruppe der Jugendlichen ohne Berufsausbildung, womit in grober Eingrenzung (die z. T. auch durch die Datenlage vorgegeben ist) erwerbstätige Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren angesprochen sind. In einigen speziellen Punkten, insbesondere jenen, wo es um Probleme der Berufsschule, der betrieblichen Berufsausbildung und Lösungsansätze geht, bezieht sich die Studie im engeren Sinne auf den Personenkreis der berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag.

Die häufig, insbesondere in der Berufspädagogik, verwendete Bezeichnung „Jungarbeiter“ für den Personenkreis der erwerbstätigen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag

orientiert sich an der zahlenmäßigen Bedeutung dieser Teilgruppe: ca. drei Viertel der „berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag“ sind als ungelernete Arbeiter tätig.

Zur terminologischen Vereinfachung und weil die Bezeichnung „Jungarbeiter“ in der Literatur häufig verwendet wird, wird dieser Begriff im folgenden *gleichbedeutend mit den Bezeichnungen „Jugendliche ohne Berufsausbildung“ oder „Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag“ gebraucht*.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich hauptsächlich mit neueren Erkenntnissen und Entwicklungen bezogen auf die „traditionelle“ *Jungarbeitergruppe, die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und ihres produktiven Einsatzes sowie die möglichen Eingriffsstellen und Maßnahmen zur Beseitigung des Problems*. Neben der bereits erwähnten traditionsreichen berufspädagogischen Literatur, die im wesentlichen von Nolte, Rohrs, Stratmann (1973), Rohrs, Stratmann (1975) und Lipsmeier (1974) aufgearbeitet wurde, stützt sich die vorliegende Studie vorwiegend auf die Arbeiten von Wiemann und Mitarbeitern (1975), Klein (1974) sowie die umfangreiche Studie des BBF über Jugendliche ohne Berufsausbildung (BBF 1975, Metaplan 1974). Die Untersuchung von Höhn und Mitarbeitern (1974) konnte wegen der andersartigen Definition des untersuchten Personenkreises nur begrenzt herangezogen werden. Ergebnisse des IAB aus der Berufsverlaufsuntersuchung bei männlichen Erwerbspersonen (Hofbauer, Kraft 1972 und 1974; Schuster 1974) dienen vor allem dem intergenerativen Vergleich in der sozialen Rekrutierung der Ungelernten.

Über die „neuen“ *Jungarbeiter*, die — bedingt durch die Rezession, den Ausbildungsstellenmangel und die demographische Entwicklung — zusätzlich auf den Arbeitsmarkt bzw. in die Berufsschulen kommen, über deren Herkunft, soziale Zusammensetzung und Motivationsstruktur ist noch wenig bekannt. Diese Informationen wären jedoch wichtig, um ermitteln zu können, welche Umstrukturierungen sich daraus kurz- und langfristig in der Jungarbeitererschaft ergeben könnten. Im Rahmen dieser Studie können hierzu nur Vermutungen angestellt werden. Anhaltspunkte ergeben sich z. B. aus den halbjährlichen Strukturuntersuchungen der BA zur Arbeitslosigkeit<sup>3)</sup> sowie aus Daten der BA über die Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen<sup>4)</sup>.

## 2. Quantitative und strukturelle Entwicklung

### 2.1 Quantitative Entwicklung der vergangenen 20 Jahre

Der seit den 50er Jahren bestehende *Trend zu einer absoluten und relativen Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag* hat sich auch noch zu Beginn der 70er Jahre fortgesetzt (vgl. Tabelle 1).

Derzeit sind knapp 15% aller Berufsschüler bzw. 9,3% aller Schüler im Sekundarbereich II oder 6,6% aller 15- bis unter 19jährigen Jugendlichen ohne ein Ausbildungsverhältnis.

Die *überwiegende Mehrzahl*, nämlich fast zwei Drittel dieser Jugendlichen, sind *weiblich*. Dieser Tatbestand hat sich seit den 50er Jahren nicht wesentlich verändert. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich eine geringfügige *Verringerung des Frauenanteils* ab. Ob es sich hier um kurzfristige Schwankungen oder einen langfristigen Trend handelt, ist noch nicht mit Sicherheit festzustellen. Letzteres ist allerdings zu vermuten, da der Frauenanteil in allen weiter-

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu eine Expertentagung bei Metaplan, Quickborn, in: Metaplan (1974), S. 2.

<sup>3)</sup> Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Hefte 1, 3, 9, 10/1975 und Heft 1/1976; Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Bestandsaufnahme und kritische Analyse sowie Vorschläge und Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und zur Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, hektographiertes Manuskript, Nürnberg, im Januar 1975.

<sup>4)</sup> W. Kost (1975); BA (Hrsg.), Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA (ibv), Nr. 15/1976 vom 14. 4. 1976.

**Tabelle 1:**  
**Berufsschüler insgesamt und ohne Ausbildungsvertrag 1955 bis 1975, absolut und in %<sup>1)</sup>**

Schuljahr	Berufsschüler insgesamt, in Tausend	darunter: ohne Ausbildungsvertrag				
		insgesamt, in Tausend	Frauenanteil (in % von Spalte 1)	Anteil an allen Berufsschülern (Spalte 1 in % von Spalte 0)	Anteil an allen Schülern der Sek.-Stufe II in %	Anteil an der 15- bis unter 19jährigen Bevölkerung
	0	1	2	3	4	5
1955/56	2356,8	736,5	67,5	32,0	.	.
1960/61	1661,9	321,0	69,9	19,3	16,0	11,1
1965/66	1780,0	329,9	70,4	18,5	15,0	10,7
1970/71	1599,8	237,4	68,3	14,8	10,7	7,4
1971/72	1576,5	225,6	67,1	14,3	10,0	6,9
1972/73	1619,2	231,0	62,9	14,9	10,2	7,1
1973/74	1644,7	232,3	65,4	14,1	9,3	6,7
1974/75	1647,8	243,5	60,8	14,8	9,3	6,6

(.) Vergleichszahlen nicht verfügbar.

<sup>1)</sup> Quelle: BMBW u. Stat. Bundesamt (Hrsg.), *Bildung im Zahlenspiegel*, Ausgabe 1975, Stuttgart, Mainz 1976, und G. Wiemann (1975), S. 215 bis 217, sowie neuere, vorläufige Ergebnisse der Berufsschulstatistik.

führenden beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen angestiegen ist<sup>5)</sup>.

## 2.2 Vorbildung, soziale und regionale Herkunft

Eine für Maßnahmekonzepte entscheidende Frage ist die nach der *Vorbildung* der Jungarbeiter. Hier liegen allerdings nur wenige für das gesamte Bundesgebiet repräsentative und ausreichend differenzierte Daten vor. Nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 (vgl. Tabelle 2) hatten fast 90% der jugendlichen Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung im Alter von 14 bis unter 20 Jahren (ohne Auszubildende) eine allgemeine

Schulbildung bis einschließlich Hauptschulabschluß<sup>6)</sup>, bei den männlichen Jugendlichen etwas mehr (93%) als bei den weiblichen (87%). Hierin unterscheiden sich die Jugendlichen ohne Berufsausbildung jedoch nicht von denen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, von denen ebenfalls rund 90 % eine bis zum Hauptschulabschluß reichende allgemeine Schulbildung hatten<sup>7)</sup>.

Diese Zahlen geben jedoch nur ein unzureichendes Bild von der schulischen Vorbildung der Jugendlichen. Insbesondere die häufig geäußerte Vermutung, bei den Jugendlichen, die keine Berufsausbildung aufnehmen, handle es sich zum größten Teil um Lernbehinderte oder Lerngestörte<sup>9)</sup>, kann mit diesen Daten weder belegt noch widerlegt werden.

Zum Personenkreis der lernbehinderten und lerngestörten Jugendlichen werden üblicherweise jene Jugendlichen gezählt, die die Sonderschule besucht haben, sowie all jene, die die Hauptschule nach mehrmaligem Sitzenbleiben ohne Abschluß verlassen<sup>10)</sup>.

Frühere Daten aus dem Jahr 1965 lassen erkennen, daß der Anteil der Sonderschüler an der Gruppe der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ungefähr bei einem Fünftel liegt, bei den männlichen Jungarbeitern bei einem Drittel (vgl. Tabelle 3).

Unterstellt man den derzeitigen Anteil an Hauptschulabgängern ohne Abschluß (20%) auch bei den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, so ergibt sich — auf der Basis der Zahlen von 1965 — ein Anteil von insgesamt 36% „Lernbehinderten und -gestörten“ (in dem oben definierten Sinne). Bei den männlichen Jugendlichen beträgt dieser Anteil ungefähr 45%, bei den weiblichen etwa 15%.

<sup>5)</sup> BMBW, Grund- und Strukturdaten, S. 14, 15, 34, 35.

<sup>6)</sup> Hauptschulabgänger mit und ohne Abschluß einschließlich Sonderschulabgänger.

<sup>7)</sup> Hier mag der Alterseinfluß eine gewisse Rolle spielen, da bei den Jugendlichen ohne Berufsausbildung mit Ausnahme der Auszubildenden alle Jahrgänge enthalten sind, während Jugendliche mit Berufsausbildung in der Regel über 17 Jahre alt sind.

<sup>9)</sup> Als Lernbehinderung gilt eine dauerhafte, als Lernstörung eine vorübergehende Beeinträchtigung der kognitiven Leistungsfähigkeit. Das zahlenmäßige Verhältnis von Lernbehinderten zu Lerngestörten wird wie 1 : 2 angenommen, vgl. hierzu K.-P. Klein (1974), S. 15 ff.

<sup>10)</sup> Ebenda; obwohl fragwürdig, wird diese Definition hier zunächst unterstellt, um zu einer quantitativen Einschätzung des Problems zu gelangen; zur Problematik dieser Definition vgl. auch H. J. Röhrs (1973), S. 170.

**Tabelle 2:**  
**Arbeiter und Angestellte unter 20 Jahren ohne Berufsausbildung (ohne Auszubildende) 1970 nach Geschlecht, Stellung im Beruf sowie der allgemeinen Schulbildung, in %<sup>1)</sup>**

Schulbildung	Arbeiter und Angestellte			Arbeiter			Angestellte			Zahl der Fälle in Tausend
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	
bis einschließlich Hauptschulabschluß	89,1	92,8	86,8	97,2	96,5	97,9	66,6	66,3	66,7	424,7
mit weiterführender Schulbildung	10,9	7,2	13,2	2,8	3,5	2,1	33,4	33,7	33,3	52,1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	476,8
Zahl der Fälle in Tausend	476,8	181,9	294,9	349,7	159,5	190,2	127,1	22,4	104,7	
Geschlechterproportion in %	100	38,2	61,8	100	45,6	54,4	100	17,6	82,4	

<sup>1)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Volks- und Berufszählung 1970, eigene Auswertungen.

**Tabelle 3:**  
**Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag aus Volks- und Sonderschulen 1958 und 1965 nach Geschlecht und Vorbildung, in %<sup>1)</sup>**

Schulbildung	1958			1965		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Sonderschule	15,1	25,7	9,9	19,6	32,4	13,2
Volksschule	84,9	74,3	90,1	80,4	67,6	86,8
Summe	100	100	100	100	100	100
Zahl der Fälle in Tsd.	106	35	71	102	34	68

<sup>1)</sup> Quelle: Berufsschulstatistik, zitiert nach G. Wiemann (1975), S. 224—226.

Nach einer Untersuchung in Baden-Württemberg waren dort in den Jahren 1966—1969 24% der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ehemalige Sonderschüler bzw. Hauptschulabgänger ohne Abschluß<sup>11)</sup>. Dieser Prozentsatz dürfte jedoch etwas zu niedrig liegen, da zu vermuten ist, daß sich unter den Abbrechern einer Berufsausbildung ebenfalls Jugendliche ohne Hauptschulabschluß befinden<sup>12)</sup>.

Über die Gruppe der *Ausbildungsabbrecher*, die als strategisch wichtige Gruppe unter den Jungarbeitern angesehen werden kann, gibt es kaum Informationen. Ihr Anteil an allen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag dürfte ein Viertel bis ein Drittel betragen<sup>13)</sup>.

Vermutungen über eine Verschärfung des Jungarbeiterproblems sind durch die steigende Zahl an Ausbildungsabbrechern und Prüfungsversagern statistisch nicht belegbar. Den Kammerstatistiken ist lediglich zu entnehmen, daß sowohl der Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse (jährlich ca. 5—6%) als auch der Anteil der Prüfungsversager im Bereich des Handwerks erheblich zugenommen hat (von 13% im Jahre 1970 auf 17% im Jahre 1974)<sup>14)</sup>.

Nicht bekannt ist jedoch, in wie vielen Fällen die Ausbildung in einem anderen Betrieb und/oder Beruf fortgesetzt oder die Prüfung erfolgreich wiederholt wurde. Aus der Berufsverlaufsuntersuchung bei männlichen Erwerbspersonen kann lediglich für die Vergangenheit entnommen werden, daß etwa 15% derjenigen männlichen Erwerbspersonen, die während ihrer Ausbildung den Ausbildungsberuf bzw. -betrieb gewechselt haben, keine

<sup>11)</sup> Die Vorbildung der in dieser Untersuchung befragten Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag sieht wie folgt aus: Sonderschule 10 %, Hauptschule ohne Abschluß 14 %, Hauptschule mit Abschluß 39 %, weiterführende Schulbildung 6 %, berufsbildende Schule 6 %, Abbrecher eines Ausbildungsverhältnisses 25 %, zitiert nach: BBF (1975), S. 27.

<sup>12)</sup> Nach der Untersuchung aus Baden-Württemberg betrug der Anteil der Ausbildungsabbrecher an den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag 25 %, vgl. Fußnote 11.

<sup>13)</sup> Nach der für das Bundesgebiet repräsentativen Studie von Höhn u. a. (1974) waren ca. 35 % der 16—18jährigen Ungelernten Abbrecher einer Berufsausbildung.

<sup>14)</sup> BMBW, Grund- und Strukturdaten, S. 51.

<sup>15)</sup> Eigene Berechnungen aufgrund Tabelle 12 in: Hofhauer, Kraft (1974), S. 62.

<sup>16)</sup> Vgl. hierzu G. Wiemann u. a. (1974), S. 227 und Bericht der HK Ulm in: Beruf und Bildung, 23 (1975), 8, S. 15.

<sup>17)</sup> Klein (1974), S. 55 ff.

<sup>18)</sup> Neuere für die Bundesrepublik repräsentative Daten zu diesem Problemkreis wurden in der Mikrozensuszusatzhebung vom Juli 1972 erhoben, vgl. hierzu H. Steiger (1973).

<sup>19)</sup> BBF (1975), S. 64, 68.

<sup>20)</sup> BBF (1975), S. 70.

<sup>21)</sup> Höhn u. a. (1974), S. 217—218.

abgeschlossene Berufsausbildung haben, d. h. ihre Ausbildung nicht beendet haben<sup>15)</sup>.

Da die meisten Ausbildungsverhältnisse in „beiderseitigem Einvernehmen“ gelöst werden, wird über die *Gründe des Ausbildungsabbruchs* nichts bekannt. Die aus einzelnen Kammerstatistiken erkennbaren Ursachen für den Abbruch der Ausbildung reichen von „objektiven Gründen“ wie Wohnortwechsel, Berufswechsel, gesundheitliche Gründe bis zu Angaben über das durch häufiges Fehlen bekundete „Desinteresse“ der Auszubildenden und strafbare Delikte<sup>16)</sup>.

Die wichtige Frage, welche Abbruchgründe in erster Linie für den Entschluß, die Berufsausbildung nicht fortzusetzen, maßgeblich sind, kann mit dem vorhandenen Datenmaterial nicht beantwortet werden. Man macht es sich allerdings zu einfach, wenn man annimmt, daß bei den meisten Ausbildungsabbrechern eine Lernbehinderung vorliegt, wie Klein dies tut<sup>17)</sup>.

Zwar liegen über die Vorbildung der Ausbildungsabbrecher repräsentative Daten nicht vor, man kann jedoch davon ausgehen, daß diesen Jugendlichen bei ihrer Einstellung in den Betrieb die Eignung für eine Berufsausbildung unterstellt wurde.

Nach allen bisherigen Erkenntnissen spielt die *soziale Herkunft* eines Jugendlichen eine entscheidende Rolle für seine künftige Schul- und Berufsausbildung. Unter den verschiedenen, die soziale Schichtzugehörigkeit konstituierenden Faktoren weisen *Schulbildung und berufliche Stellung der Eltern*, insbesondere des Vaters, den engsten Zusammenhang mit der Schul- und Berufsausbildung sowie der späteren beruflichen Stellung des Kindes auf<sup>18)</sup>.

Die aus den verschiedenen empirischen Untersuchungen vorhandenen Daten zeigen — trotz unterschiedlicher Erfassung des Personenkreises und unterschiedlicher regionaler Repräsentativität —, daß unter den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag bzw. den jugendlichen Hilfsarbeitern *jene überrepräsentiert sind, deren Väter un- und angelernte Arbeiter, selbständige Landwirte oder Handwerker* sind und die zum großen Teil *keine abgeschlossene Berufsausbildung* besitzen.

So waren z. B. von den in der Baden-Württemberg-Studie untersuchten Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag<sup>19)</sup>

- 58% Kinder von Arbeitern und
- 13 % Kinder von Handwerkern.

40% der Väter von Jungarbeitern gegenüber 57% der Väter von Auszubildenden hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Aus der vom BBF durchgeführten Sonderauswertung der Mikrozensuszusatzhebung vom Jahr 1971 geht hervor, daß<sup>20)</sup>

- 53% der Väter von jugendlichen Hilfsarbeitern im Alter von 18 bis 21 Jahren, aber
- 65% der Väter von jugendlichen Facharbeitern im gleichen Alter über eine abgeschlossene Lehrausbildung verfügten.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Höhn u. a., die unter den jugendlichen Hilfsarbeitern im Alter von 16 bis 24 Jahren fast zwei Drittel Arbeiterkinder, darunter knapp ein Drittel von ungelerten Arbeitern, ausweisen<sup>20)</sup>.

Diese pauschale Feststellung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es innerhalb und auch zwischen diesen Herkunftsgruppen erhebliche, insbesondere ge-

*schlechtsspezifische Unterschiede* gibt hinsichtlich der Gründe, die für den Verzicht auf eine Berufsausbildung maßgeblich sind. Mit der Aussage „Jungarbeiter wird man vor allem dann, wenn die Eltern Hilfsarbeiter sind“ (BBF 1975, S. 12) wird man den vielschichtigen Problemen der sozialen Herkunft der Jungarbeiter nicht gerecht.

So zeigt sich z. B., daß für Mädchen Schulbildung und Beruf des Vaters nicht in ähnlich strikter Weise wie bei Jungen die künftige Ausbildung und Berufstätigkeit determinieren. Der Verzicht auf eine Berufsausbildung ist bei Mädchen, auch wenn der Vater eine qualifizierte Berufsausbildung hat, häufig eine absichtlich getroffene Entscheidung, während bei Jungen aus den gleichen Elternhäusern in den meisten Fällen eine Berufsausbildung angestrebt wird und erst das Scheitern in der Berufsausbildung zum Jungarbeiterdasein führt. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man bei der Analyse der sozialen Herkunft zwischen jugendlichen Hilfsarbeitern, die nie eine Ausbildung begonnen haben („Verzichter“), und jenen, die eine Ausbildung abgebrochen haben („Abbrecher“ bzw. die trotz abgeschlossener Ausbildung als Ungelernte in einem anderen Beruf beschäftigt sind („Umsteiger“), unterscheidet:

**Tabelle 4:**  
Jugendliche Hilfsarbeiter (16—24 Jahre) nach Geschlecht, beruflicher Stellung des Vaters und eigener Berufsausbildung, in %<sup>1)</sup>

	Vater un- und angelernt		Vater Fach- oder Vorarbeiter	
	männliche Ungelernte	weibliche Ungelernte	männliche Ungelernte	weibliche Ungelernte
Umsteiger und Abbrecher	64	36	76	48
Verzichter	36	64	24	52
Summe (n = 100)	(141)	(200)	(156)	(102)

<sup>1)</sup> Höbn u. a. (1974), S. 217—218.

Ähnliches zeigen die Generationsvergleiche zwischen den Bildungsniveaus jugendlicher Hilfs- und Facharbeiter und deren Eltern. Bei Mädchen besteht generell ein größerer Zusammenhang zwischen dem eigenen Bildungsniveau und dem der Mutter als zwischen dem eigenen und dem des Vaters. Dies verhält sich anders bei Jungen, deren erreichter Bildungsstand stärker mit dem des Vaters als mit dem der Mutter korreliert<sup>2)</sup>.

Informationen über die Veränderung in der sozialen Rekrutierung der Jungarbeiter liegen nur für männliche Erwerbstätige vor. Tabelle 5 zeigt zunächst den Zusammenhang zwischen beruflicher Stellung des Vaters und eigener beruflicher Stellung bei allen männlichen Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung. Danach ist die Selbstrekrutierung bei den Facharbeitern am höchsten, bei den

<sup>2)</sup> BBF (1975), S. 70. Die Stärke des Zusammenhangs wurde mit Hilfe des Kennfallschen Rangkorrelationskoeffizienten ermittelt. Dieser zeigte sowohl bei jugendlichen Hilfsarbeitern als auch bei jugendlichen Facharbeitern einen stärkeren Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Jugendlichen und dem des gleichgeschlechtlichen Elternteils als dem des anderen Elternteils.

**Tabelle 5:**  
Männliche Erwerbstätige ohne Berufsausbildung im Jahre 1970 nach Stellung im Beruf und beruflicher Stellung des Vaters, als der Befragte 15 Jahre alt war, in %

Berufliche Stellung des Vaters	Männliche Erwerbstätige ohne abgeschlossene Berufsausbildung	darunter: Männliche Erwerbstätige, die 1970 tätig waren als:		
		Hilfsarbeiter	angelernter Arbeiter	Facharbeiter
Selbständiger	33,8	28,4	27,1	24,0
darunter:				
Landwirt	24,8	21,2	18,5	12,4
Handwerker	4,0	3,1	5,0	5,8
Beamter	5,2	6,6	7,8	10,2
Angestellter	6,2			
Arbeiter	42,3	52,9	54,7	55,8
davon:				
ungelernt	21,1	21,1	11,8	9,8
angelernt			10,8	17,4
Facharbeiter/Vorarbeiter	21,2	21,0	25,5	34,3
ohne Angabe	12,5	12,1	10,4	10,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Hofbauer, Kraft (1972), S. 209; Schuster (1974), S. 98.

angelernten Arbeitern am niedrigsten. Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter haben sich in der Vergangenheit zu einem erheblichen Teil sowohl aus den Kreisen der Landwirte als auch der Facharbeiter rekrutiert, d. h., sie sind erst über einen intergenerativen sozialen Abstieg zum Hilfsarbeiter oder Angelernten geworden.

Hier spiegeln sich zum Teil die wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungen in der Bundesrepublik Deutschland wider, die auch zu einer sozialen Umstrukturierung der Erwerbstätigen geführt haben. Ein intergenerativer Vergleich zeigt die veränderten Rekrutierungsmuster bei den Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung besonders deutlich (Tabelle 6):

**Tabelle 6:**  
Prozentualer Anteil der Söhne von selbständigen Landwirten, Arbeitern in un- und angelernter Tätigkeit sowie Facharbeitern an den männlichen Erwerbspersonen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in einzelnen Jahresgruppen des Zugangs in das Erwerbsleben (= 100 %)<sup>1)</sup>

Beruflicher Status des Vaters	Jahr des Eintritts ins Erwerbsleben					
	Vor 1940	1940 bis 1954	1955 bis 1964	1965 und später	Ohne Angabe	Insgesamt
Selbständiger Landwirt	35,8	24,7	13,7	6,6	(1,7)	24,8
Arbeiter in un- und angelernter Tätigkeit	20,6	21,2	23,3	30,0	(3,5)	21,1
Facharbeiter	18,3	23,0	25,7	28,2	(2,0)	21,2

<sup>1)</sup> Quelle: Hofbauer, Kraft (1972), S. 211.

Während der Anteil der Arbeitersöhne an den männlichen Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die vor 1940 ins Erwerbsleben eingetreten sind, ca. 39% betrug, hatten von allen männlichen Erwerbspersonen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die 1965 und später ins Erwerbsleben eintraten, 58% einen Arbeiter zum Vater. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Söhne von selbständigen Landwirten von knapp 36% auf knapp 7%. Innerhalb der Gruppe der Arbeitersöhne verteilen sich die Zunahmen in etwa gleichmäßig auf die un- und angelernten Arbeiter und auf die Facharbeiter.

Neben den erwähnten sozialen Umstrukturierungen spiegeln sich in diesen Daten auch Veränderungen im *Ausbildungsverhalten einzelner Bevölkerungsschichten* wider. Während früher (Eintritt in das Erwerbsleben vor 1940) noch 57% aller Söhne von selbständigen Landwirten keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten, sind es in neuerer Zeit (Eintritt in das Erwerbsleben 1965—1970) nur noch ca. 21%. Ähnlich stark war die Veränderung des Ausbildungsverhaltens bei den un- und angelernten Arbeitern. Aus dieser Herkunftsgruppe verzichten heute nur noch 29% auf eine abgeschlossene Berufsausbildung gegenüber früher 48%. Weniger extrem sind die Veränderungen bei den übrigen Berufsgruppen, am wenigsten bei den Beamten, deren Söhne damals wie heute zu ca. 12—13% ohne abgeschlossene Berufsausbildung erwerbstätig sind<sup>21a)</sup>.

Offenbleiben muß hier die Frage, welche Auswirkungen auf das Ausbildungsverhalten und damit auf die soziale Rekrutierung der Jungarbeiter die gegenwärtigen Engpässe im Ausbildungssektor haben werden. Ebenfalls nicht geklärt sind die Veränderungstendenzen in der sozialen Rekrutierung der weiblichen Jungarbeiter.

Wenig ist auch über die *regionale Herkunft* der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag bekannt. Wohnortgröße und regionale Wirtschaftsstruktur beeinflussen das Ausbildungsverhalten gerade der sogenannten „bildungsfernen“ sozialen Schichten beträchtlich. Dieses Problem ist bislang lediglich für den Besuch von weiterführenden Schulen, nicht jedoch für die Frage, ob überhaupt eine Berufsausbildung angestrebt wird, untersucht worden<sup>22)</sup>.

Unabhängig vom Bildungsverhalten sind jedoch die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, ganz wesentlich von der regionalen Wirtschaftsstruktur, dem verfügbaren Ausbildungsplatzangebot und der Zahl der Schulabgänger bestimmt. Wenig Ausbildungsmöglichkeiten bestehen insbesondere in dünn besiedelten Flächenregionen sowie in Bezirken mit einseitiger Wirtschaftsstruktur (z. B. Saarland, Rheinland-Pfalz, Teilen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein<sup>23)</sup>).

Eine bundesweite, regionalspezifische Analyse zur Jungarbeiterproblematik gibt es bisher jedoch nicht. Aus der bereits mehrfach zitierten Untersuchung in Baden-Württemberg geht lediglich hervor, daß es eine geringe Überrepräsentierung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern gibt<sup>24)</sup>.

Eine Regionalanalyse aus Hessen zeigt u. a. überdurchschnittliche Anteile an Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in solchen ländlichen Bezirken, die an städtische

<sup>21a)</sup> Hofbauer, Kraft (1972), S. 208.

<sup>22)</sup> Steiger (1973).

<sup>23)</sup> F. Stooß (1971).

<sup>24)</sup> BBF (1975), S. 64.

<sup>25)</sup> BBF (1975), S. 158.

Bezirke mit einem relativ niedrigen Anteil an Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag angrenzen<sup>25)</sup>.

Die nach Bundesländern differenzierten Anteile der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag an den Berufsschülern bzw. an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (vgl. Tabelle 7) sind kaum interpretierbar, da sie durch unterschiedliche Jahrgangsstärken, Schulbesuchsquoten und Schulentlaftermine erhebliche Verzerrungen aufweisen dürften.

**Tabelle 7:**  
**Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag nach Bundesländern und der Stellung im Beruf im Jahre 1973, absolut und in %**

Bundesland	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag absolut*) in % aller Berufsschüler		davon: (in % von Spalte 1)			
	1	2	Jung- arbeiter	Jung- ange- stellte	mit- helfende Fami- lienan- gehörige	ohne Beruf, arbeitslos
Baden-Württemberg	34 100	14,0	73,3	14,4	3,5	8,8
Bayern	38 500	12,8	74,5	5,5	11,7	8,3
Hessen	21 800	15,5	67,0	16,5	1,4	15,1
Niedersachsen	21 800	12,3	75,7	5,0	6,0	13,3
Nordrhein-Westfalen	73 900	15,6	81,7 <sup>1)</sup>	7,4	— <sup>1)</sup>	10,8
Rheinland-Pfalz	16 200	14,5	74,7	5,5	1,9	17,9
Saarland	4 300	12,8	62,8	0,9	4,6	32,5
Schleswig-Holstein	8 700	14,0	67,8	2,3	2,3	27,6
Berlin	7 300	25,9	65,8	4,1	1,0	28,8
Bremen	2 700	11,5	62,9	7,4	0,3	29,6
Hamburg	4 300	12,0	58,1	16,3	0,2	25,6
Bundesgebiet	232 300	14,1	74,8	8,5	3,5	13,2

\*) Differenzen durch Runden der Zahlen.

<sup>1)</sup> Jungarbeiter einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Quelle: BMBW (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten, Ausgabe 1975, S. 40, und BMBW u. Stat. Bundesamt, Bildung im Zahlenspiegel, Ausgabe 1975, S. 111.

### 2.3 Beschäftigungslage

**Tabelle 8:**  
**Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag nach Geschlecht und Stellung im Beruf in den Jahren 1963 bis 1975, in %**

Jahr	Jung- arbeiter	Jung- angestellte	mithelfende Familien- angehörige	ohne Beruf, arbeitslos	Summe (= 100) in Tsd.
1963/64					
Insgesamt	66,0	4,8	22,2	6,9	322,0
Männer	64,0	0,3	31,5	4,2	95,0
Frauen	66,9	6,7	18,4	8,1	227,0
1970/71					
Insgesamt	77,2	8,8	6,3	7,7	237,4
Männer	84,5	1,3	6,6	7,6	75,3
Frauen	73,9	12,3	6,1	7,7	162,1
1973/74					
Insgesamt	74,8	8,5	3,5	13,2	232,3
Männer	83,0	2,5	3,0	11,5	80,3
Frauen	70,5	11,6	3,8	14,1	152,0
1974/75					
Insgesamt	65,1	9,0	3,8	22,2	243,5
Männer	80,6	3,4	3,3	26,0	95,5
Frauen	61,2	12,8	4,3	21,7	148,0

Quellen: BMBW (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten, S. 38—40; BMBW und Stat. Bundesamt (Hrsg.), Bildung im Zahlenspiegel, Ausgabe 1975, S. 110 bis 111, sowie neuere, vorläufige Ergebnisse der Berufsschulstatistik.



Die Verteilung der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag nach der *Art des Beschäftigungsverhältnisses* (Tabelle 8) zeigt, daß

- die überwiegende Mehrzahl, nämlich drei Viertel, als ungelernete Arbeiter beschäftigt ist,
- wesentliche Umstrukturierungen in den vergangenen zehn Jahren zu einer *starken Reduzierung der Gruppe der Mithelfenden Familienangehörigen zugunsten der Jungarbeiter und Jungangestellten* geführt haben,
- fast 90% der Jungangestellten weiblich sind,
- der Anteil der Berufs- und Arbeitslosen an den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag *seit 1970/71 sprunghaft angestiegen* ist, mit einem zugleich ansteigenden Anteil an jungen Männern in dieser Gruppe, was auf eine veränderte soziale Rekrutierung dieses Personenkreises hinweist und bereits den Beginn der Jugendarbeitslosigkeit andeutet.

Die Jungangestellten nehmen unter den Jugendlichen ohne Berufsausbildung eine gewisse Sonderstellung ein, wie sich an ihrer weit besseren Vorbildung erkennen läßt (vgl. Tabelle 2). Etwa ein Drittel dieser Jugendlichen (unter 20

Jahren) verfügt über einen weiterführenden Schulabschluß (Mittlere Reife, Berufsfachschule mit mittlerem Bildungsabschluß, Abitur). Dies läßt darauf schließen, daß sie — zwar keine abgeschlossene, anerkannte Berufsausbildung, wohl aber — eine gewisse berufliche Qualifizierung haben und insofern nur bedingt zu der hier untersuchten Problemgruppe gehören.

Die *beruflichen Ansatzmöglichkeiten* für Jugendliche sind im allgemeinen sehr viel begrenzter, als es die Vielzahl der verfügbaren Berufspositionen vermuten läßt. So sind 64 % aller jugendlichen Arbeiter und Angestellten (unter 20 Jahren; ohne Auszubildende) in Berufen tätig, in denen nur 40 % der Erwerbstätigen insgesamt beschäftigt sind.

Für Jugendliche ohne Berufsausbildung schränken sich diese Möglichkeiten noch weiter ein (vgl. Tabelle 9). Über die Hälfte von ihnen (53 %) sind in sechs Berufsgruppen beschäftigt, in denen lediglich 43 % der Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie nur knapp 30% der Erwerbstätigen insgesamt tätig sind.

Die *männlichen jungen Arbeiter* (ein Drittel aller Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 20 Jahren) üben in

**Tabelle 9:**  
**Arbeiter und Angestellte unter 20 Jahren (ohne Auszubildende) nach Berufsausbildung, Stellung im Beruf und Geschlecht sowie nach ausgewählten Berufen im Jahre 1970, in ‰<sup>1)</sup>**

Ausgeübter Beruf im Jahre 1970	Arbeiter und Angestellte unter 20 Jahren ohne Berufsausbildung							Arbeiter und Angestellte unter 20 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung							Erwerbs- tätige insgesamt (alle Al- tersgr.)
	Insge- samt	Ar- beiter	davon :		Ange- stellte	davon:		Insge- samt	Ar- beiter	davon :		Ange- stellte	davon:		
			Männer	Frauen		Männer	Frauen			Männer	Frauen		Männer	Frauen	
1 Hilfsarbeiter (Metall, Bau, Sonstige)	14,0	19,1	23,5	15,4	0,1	0,1	0,1	1,4	3,1	2,6	4,4	0,0	0,1	0,0	4,5
2 Bürofach- und -hilfskräfte, Sekretärinnen, Daten- und Phontypisten	13,1	2,9	2,3	3,4	41,4	31,9	43,4	21,1	1,1	0,5	2,7	37,9	32,0	39,4	11,6
3 Versand-, Lager- und Transportarbeiter, Warenprüfer	7,5	9,9	10,8	9,2	0,6	1,2	0,5	1,1	2,0	1,5	3,3	0,3	0,9	0,1	3,5
4 Hauswirtschaftsgehilfen, -verwalter	6,7	7,1	0,3	12,7	5,8	1,0	6,8	1,4	1,8	0,1	6,5	1,2	0,1	1,4	0,9
5 Verkäufer, Groß- und Einzelhandelskaufleute	6,2	3,1	1,7	4,3	14,8	12,9	15,2	14,6	3,2	1,1	8,9	24,2	19,9	25,2	7,2
6 Textilnäher, Sticker	5,5	7,3	0,4	13,2	0,5	0,1	0,6	3,0	6,3	0,1	23,7	0,2	0,0	0,3	1,3
Zwischensumme (1 bis 6)	53,0	49,4	39,0	58,2	63,2	47,2	66,6	42,6	17,5	5,9	49,5	63,8	53,0	66,4	29,0
7 Lederwarenhersteller, Schuhmacher	2,1	2,8	1,4	4,0	0,1	0,0	0,1	0,3	0,7	0,3	1,7	0,0	0,1	0,0	0,6
8 Mechaniker	1,9	2,4	4,6	1,1	0,4	1,4	0,2	5,1	10,7	14,1	0,9	0,4	1,7	0,0	2,3
9 Schlosser	1,8	2,3	3,9	0,4	0,4	1,3	0,2	4,7	10,1	13,4	0,6	0,2	0,8	0,0	3,4
10 Bank- und Versicherungsfachleute	1,6	0,0	0,0	0,0	5,8	6,0	5,8	3,2	0,0	0,0	0,0	5,9	7,7	5,4	1,7
11 Raum-, Gebäude-, Straßenreiniger	1,5	1,9	0,9	2,7	0,5	0,6	0,5	0,2	0,3	0,2	0,8	0,1	0,0	0,1	1,8
12 Rechnungsfachleute, Kassierer	1,4	0,1	0,1	0,2	4,8	6,8	4,4	2,3	0,1	0,1	0,1	4,2	3,2	4,5	1,8
13 Elektroinstallateure, Fernmeldemonteur	1,4	1,7	2,8	0,8	0,6	1,8	0,3	4,3	9,0	11,9	0,6	0,5	2,0	0,1	2,1
14 Krankenschwestern, -pfleger, -pflegehelfer	1,2	0,6	0,1	1,0	3,0	1,5	3,3	1,6	0,1	0,0	0,3	2,8	0,8	3,3	1,0
15 Landwirte, Landarbeitskräfte	1,1	1,3	2,3	0,5	0,5	2,4	0,1	0,4	0,6	0,7	0,4	0,1	0,4	0,1	3,5
16 Elektrogerätemontierer	1,1	1,5	0,4	2,4	0,0	0,0	0,0	0,2	0,5	0,2	1,5	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe (1 bis 16)	68,1	64,0	55,5	71,3	79,3	69,0	81,5	64,9	49,6	46,8	56,4	78,0	69,7	79,9	47,8
Zahl der Fälle in Tausend	476,8	349,7	159,5	190,2	127,1	22,4	104,7	675,6	308,4	227,6	80,8	367,2	74,1	293,1	26322,8

<sup>1)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Volks- und Berufszählung 1970, eigene Auswertungen.

erster Linie Hilfs- und Handlangertätigkeiten in allen Bereichen der Industrie sowie im Baugewerbe, häufig auch als Lagerarbeiter, aus. Im Vergleich zu den jugendlichen Facharbeitern sind ihre beruflichen Ansatzmöglichkeiten sehr stark begrenzt: 39% dieser jungen Männer sind in Berufen beschäftigt, in denen nur 6% der männlichen jungen Facharbeiter tätig sind.

Für *Frauen* ist das Feld der Berufstätigkeiten im allgemeinen stärker konzentriert als für Männer. So ist denn auch der Unterschied zwischen den weiblichen Jugendlichen mit und ohne Berufsausbildung nicht sehr groß, aber dennoch vorhanden. Die Ansatzmöglichkeiten der jungen *Arbeiterinnen* ohne Berufsausbildung (40% aller Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 20 Jahren) liegen neben Hilfsarbeiter- und Lagertätigkeiten vor allem in den Bereichen Textil und Hauswirtschaft.

Bei *jugendlichen Angestellten* (27% der Jugendlichen ohne Berufsausbildung unter 20 Jahren) zeigen sich demgegenüber fast keine Unterschiede in der beruflichen Streuung in Abhängigkeit von der Berufsausbildung. Dies mag einerseits mit der Berufsklassifikation zusammenhängen, die im Dienstleistungsbereich nicht so differenziert ist wie bei den gewerblich-technischen Berufen. Andererseits wird die bessere schulische Vorbildung der jugendlichen Angestellten ohne Berufsausbildung (vgl. Tabelle 2) auch einen Einfluß auf die beruflichen Verwendungsmöglichkeiten haben. Es ist jedenfalls festzustellen, daß — auch von den einzelnen Berufen her gesehen — die Unterschiede hinsichtlich des ausgeübten Berufs zwischen Jugendlichen mit und ohne Berufsausbildung gering sind.

Jugendliche ohne Berufsausbildung sind nicht nur in ihren Beschäftigungsmöglichkeiten auf wenige Bereiche eingeeengt, sie tragen auch ein höheres *Arbeitsplatzrisiko* als Jugendliche mit Berufsausbildung aufgrund ihres begrenzten beruflichen Einsatzfeldes in Beschäftigungsbereichen, die teils von konjunkturellen, teils von strukturellen Krisen stärker als andere erfaßt werden. So hatten denn auch zwei Drittel der jugendlichen Arbeitslosen vom September 1975 keine abgeschlossene Berufsausbildung<sup>26)</sup> gegenüber rund 40% der gleichaltrigen Erwerbsbevölkerung<sup>27)</sup>. Damit sind Jugendliche ohne Berufsausbildung unter den jugendlichen Arbeitslosen stark überrepräsentiert.

In den Zahlen der Arbeitslosenstatistik vom September 1975 deutet sich — wenn auch zunächst noch in quantitativ geringem Umfang — der Ausbildungsstellenmangel bereits an. 5 % der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren bzw. 14 % der unter 18jährigen arbeitslosen Berufsanfänger streben eine betriebliche Ausbildung an und sind nur ersatzweise an einer Arbeitsstelle interessiert. Dieser Anteil wäre entsprechend höher, wenn nicht im September 1975 gleichzeitig etwa 25 000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Lehrgängen der Bundesanstalt für Arbeit untergebracht gewesen wären. Schätzungsweise die Hälfte dieser Jugendlichen kann zu den potentiellen Ausbildungsstellenbewerbern gerechnet werden (vgl. hierzu Kapitel 5.1). So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß der Anteil der Ausbildungsstellensuchenden unter den 15jährigen jugendlichen Arbeitslosen geringer ist als unter den 16- und 17jährigen. Zwei Drittel der arbeitslosen Ausbildungsstellenbe-

werber vom September 1975 sind 16 und 17 Jahre alt. Etwa die Hälfte der Ausbildungsstellenbewerber stammt aus Schulentlassjahrgängen vor 1975, was darauf schließen läßt, daß diese Jugendlichen schon seit längerem auf eine Ausbildungsstelle warten müssen.

### 3. Ursachen: Weshalb gibt es Jungarbeiter?

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag zeigt, daß es sich bei den Jungarbeitern um einen nach Vorbildung, sozialer und regionaler Herkunft recht heterogenen Personenkreis handelt. Wenn im folgenden der Versuch unternommen wird, aus der sozialstatistischen Analyse auf die gesellschaftlichen Ursachen der Jungarbeiterproblematik zu schließen, so muß bedacht werden, daß *jede der aufgezeigten Ursachenkonstellationen immer nur für einen bestimmten Teil der Jungarbeiterschaft, nicht für alle, zutrifft* und daß auch nur die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche auf ihren Beitrag zur Entstehung und Reproduktion des Jungarbeiterphänomens hin untersucht werden können.

Die im folgenden angesprochenen Themenbereiche sind in sich alle sehr komplex. Sie können im Rahmen dieser Studie nur sehr verkürzt und manchmal auch stark überzeichnet angesprochen werden, um in der gebotenen Kürze deutlich machen zu können, was gemeint ist.

#### 3.1 Soziale Schichtzugehörigkeit, gesellschaftliches Bewußtsein und die Erziehung in der Familie

Nach den Daten über die soziale Herkunft der Jungarbeiter zu urteilen, kann man davon ausgehen, daß ca. die Hälfte bis zwei Drittel dieser Jungen und Mädchen aus Arbeiterelternhäusern bzw. aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen stammen. Diese hohe „*Statusreproduktion*“, die auch in anderen Sozialschichten besteht, verweist auf die schichttypischen Sozialisationsbedingungen innerhalb der Familie, die für die Kinder ähnliche Sozial- und Lebenschancen schaffen, wie sie für die Eltern gelten.

Die familialen Sozialisationsbedingungen in der Arbeiterfamilie sind vielfach empirisch untersucht und in der Literatur dargestellt worden, so daß diese Ergebnisse hier kurz resümiert werden können<sup>29)</sup>.

Wesentlicher Ausgangspunkt bei der Erklärung der *Sozialisationsbedingungen in der Arbeiterfamilie* ist die *Arbeitssituation*. Weite Teile der Arbeiterschaft arbeiten unter vergleichsweise restriktiven Bedingungen, die sich u. a. in einem geringen Ausmaß an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung am Arbeitsplatz und im Betrieb und in weitgehend verdinglichten Arbeitsbeziehungen niederschlagen und die häufig auch in einer sozialen Minderbewertung ihrer Tätigkeit zum Ausdruck kommen. Aus dieser Arbeitssituation heraus entsteht ein bestimmtes *gesellschaftliches Bewußtsein, das in Resignation bezüglich der eigenen Lebens- und Arbeitssituation verharrt*. Die Situation wird als nicht veränderbar angesehen, die Gesellschaft spaltet sich in ein „Oben“ und „Unten“, wobei diese Dichotomie prinzipiell als nicht aufhebbar gilt. Durch die Verdinglichung der Arbeitsbeziehung und den durch die Arbeit aufgezwungenen restringierten Sprachcode haben sie keine Chance zum Erwerb zusätzlicher sprachlicher oder sozialer Kompetenz, mit deren Hilfe sie Strategien zur Verbesserung ihrer Lage entwickeln könnten.

Bei einem Teil der Arbeiterschaft ist das *gesellschaftliche Bewußtsein durch selbsterfahrene Dequalifizierungs- und Degradierungsprozesse geprägt*. Wenn die einmal erwor-

<sup>26)</sup> BA (Hrsg.), ANBA, Heft 1/1976 und unveröffentlichte Tabellen.

<sup>27)</sup> Berechnung ohne Auszubildende; Quelle: Statistisches Bundesamt, Volksund Berufszählung 1970, eigene Auswertungen.

<sup>29)</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. u. a. M. Oesterlend u. a. (1973), S. 190—211; Autorenkollektiv (1973), S. 106—143; K. Hurrelmann (1975), S. 108—118.

bene berufliche Qualifikation sich als nicht tragfähig für das gesamte Berufsleben erwiesen hat und beruflicher und sozialer Abstieg die Folgen waren, so ist zu vermuten, daß auch für die nachfolgende Generation eine Berufsausbildung nicht als Garant für Stuserhaltung oder gar Aufstieg gesehen wird.

Die *innerfamilialen Beziehungen* und die *Erziehungsweise* der Eltern sind gekennzeichnet durch den gleichen restringierten Sprachgebrauch aus der Arbeitswelt, durch eine rigide Rollentrennung zwischen Mann und Frau, durch eine Bevorzugung direkter im Gegensatz zu hinausgeschobener Bedürfnisbefriedigung sowie durch Erziehungstechniken, die stärker auf die formalen, äußerlichen Handlungen als auf Einsicht und Intention des Kindes ausgerichtet sind. Bestandteil dieses Erziehungsstiles ist u. a. auch der Einsatz körperlicher oder materieller Strafen anstelle von Liebesentzug und anderen subtileren Formen der Bestrafung.

*In diesem Sozialisationsklima kann ein Kind nur begrenzt seine kognitiven und affektiven Fähigkeiten entfalten, die für Leistungs- und Bildungsstreben und für das erfolgreiche Absolvieren einer Schul- und Berufsausbildung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unerlässlich sind.*

Die hier für die Arbeiterfamilie beschriebenen Sozialisationsbedingungen müssen *idealtypisch* verstanden werden. Sie werden in der Realität durch vielfältige Einflüsse modifiziert, die jedoch empirisch nur schwer in den Griff zu bekommen sind.

„Die Arbeiterfamilie“ gibt es in der Realität nicht, und es zeigt sich ja auch, daß die „Vererbung“ des sozialen Status von den Eltern zu den Kindern zwar hoch ist, deswegen aber in vielen Fällen beruflicher und sozialer Aufstieg nicht ausgeschlossen sind. Hierin besteht ein Mangel aller Schicht- und klassentheoretischen Ansätze in der Sozialisationsforschung, die nicht in der Lage sind, Abweichungen im Sozialisationsverhalten und -ergebnis zu erklären und die daher auch nur wenig hilfreich für die soziale Praxis sein können<sup>30</sup>). In der neueren handlungsorientierten Sozialisationsforschung wendet man sich daher in zunehmendem Maße den *innerfamilialen Kommunikations- und Interaktionsprozessen* zu, durch die dem Kind und Jugendlichen — bedingt oder unabhängig von Klassen- und Schichtmerkmalen — Strategien des Konflikt- und Problemlösungsverhaltens, Rollenverhalten sowie die Fähigkeit zur Rollendistanz, zur Frustrationstoleranz und vielen anderen Aspekten sozialer Kompetenz vermittelt werden.

In dem empirischen Teil des beim BBF durchgeführten Jungarbeiterprojekts wird dieser Ansatz verfolgt, um Aufschluß über die Entstehung bestimmter, für Arbeits- und Bildungsmotivation relevanter Einstellungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen ohne Berufsausbildung zu gewinnen<sup>31</sup>). Man hofft, mit diesem Ansatz mehr über Ursachen und Bedingungen des beruflichen Entscheidungsprozesses der Jugendlichen zu erfahren, um so mit gezielten Maßnahmen an die Ursachen des Jungarbeiterproblems herangehen zu können.

Ein weiterer Aspekt schichtenspezifischer familialer Sozialisation, die zu einer sozialen Benachteiligung von Jugendlichen — nicht nur aus den Unterschichten — führt, ist derjenige der *geschlechtsspezifischen Sozialisation*. Wäh-

rend Eltern der Unterschichten in der Regel für Jungen eine Berufsausbildung für erforderlich halten, trifft dies für Mädchen in weitaus geringerem Maße zu. In der Erziehung der Mädchen orientieren sich die meisten Eltern noch an herkömmlichen Rollenvorstellungen, wonach Mädchen für eine als vorübergehend angesehene Berufstätigkeit keine qualifizierte Ausbildung benötigen. Dies erklärt auch den in einigen Untersuchungen nachgewiesenen relativ höheren Prozentsatz der weiblichen Jungarbeiter aus höheren Sozialschichten sowie das vergleichsweise bessere Vorbildungsniveau.

Die Analyse der sozialen Herkunft hat gezeigt, daß eine Berufsausbildung für Mädchen dann wahrscheinlicher wird, wenn die Mutter über ein höheres Bildungsniveau verfügt. Die Tradierung geschlechtsspezifischer Rollentrennung in unserer Gesellschaft über die Identifikation mit dem gleichgeschlechtlichen Elternteil führt somit insbesondere in den Unterschichten, in denen eine rigidere Rollenteilung vorherrscht und in denen die Mutter meist über geringe Schulbildung und keine Berufsausbildung verfügt, zu einer Festschreibung der Ehe-, Hausfrauen- und Mutterrolle für die Mädchen. Und dies, obwohl Mütter in diesen Schichten häufiger erwerbstätig sind als in höheren Sozialschichten, um den Lebensunterhalt mitzuverdienen. Auf diese Weise gelingt es vielen Mädchen nicht, eine eigenständige berufliche Motivation zu entwickeln.

### 3.2 Selektions- und Zuschreibungsmechanismen der Schule

Jugendliche, die bereits in ihrer häuslichen Erziehung Sozialisationsdefizite hinsichtlich ihrer kognitiven und affektiven Fähigkeiten, ihrer sozialen Kompetenz und motivationalen Struktur erfahren haben, scheitern zumeist in der Schule, die sich an eher *mittelschichttypischen Verhaltens- und Leistungsstandards* orientiert. Obwohl nicht schwächer begabt, können sie häufig den dort gestellten Anforderungen an abstrakt-logisches Denken und verbale Ausdrucksfähigkeit nicht genügen und werden demzufolge als schwächer begabt eingestuft, was sich in schlechten Noten, Sitzenbleiben oder schlimmstenfalls durch die Überweisung zur Sonderschule ausdrückt.

Dieser schulische Selektionsprozeß beginnt bereits in der Grundschule und setzt sich — bedingt durch die Dreigliedrigkeit des Schulsystems in der Bundesrepublik — in der Hauptschule fort.

Die Jungarbeiterproblematik ist eng mit der sogenannten „*Funktionskrise der Hauptschule*“ verbunden<sup>32</sup>). Diese Krise läßt sich kurz wie folgt charakterisieren: Durch die stark angestiegenen Übergangquoten von der Grundschule in die weiterführenden Schulen erfahren die Hauptschule und mit ihr die ihr angehörenden Schüler und Lehrer eine soziale Abwertung. Man spricht von der „Restschule“ für diejenigen, die aufgrund des Lehrerurteils als nicht geeignet für eine weiterführende Schule angesehen werden bzw. für diejenigen, die bei dem Versuch, eine weiterführende Schule zu besuchen, scheitern.

Die Institution Hauptschule reagiert hierauf ihrerseits mit *zunehmender interner Selektion*. Die Einführung des 10. Schuljahres und des qualifizierenden Hauptschulabschlusses, der Differenzierung nach Leistungskursen, des Fachlehrersystems u. v. a. m. entsprangen nach den Vorstellungen der Bildungsreformer dem Bemühen um eine Verbesserung der Hauptschulbildung, die diese Schule als gleichwertigen, eigenständigen Bildungsweg etablieren

<sup>30</sup>) Vgl. hierzu W. Hollstein, M. Meinbold (1975), S. 1—7.

<sup>31</sup>) BBF (1975), S. 52 ff.

<sup>32</sup>) Vgl. hierzu U. Franz, M. Hoffmann (1975), S. 1 ff. u. S. 197 ff.

sollte. Im Zuge der beschriebenen Entwicklung geraten diese Einrichtungen jedoch mehr und mehr zu Instrumenten der Auslese „begabter“ und leistungsmotivierter Jugendlicher und der sukzessiven Diskriminierung jener bereits durch die primäre Sozialisation in ihrer kognitiven und affektiven Entwicklung benachteiligten Jugendlichen.

Haben schon Hauptschulabsolventen gegenüber Realschulabsolventen *geringere berufliche Startchancen*, so verringern sich die Chancen, eine berufliche Ausbildungsstelle zu bekommen, für Hauptschulabgänger ohne Abschluß bzw. für Sonderschulabgänger, noch einmal beträchtlich. Für viele dieser sozial benachteiligten und durch die Selektionsprozesse des Schulsystems zum „drop-out“ oder zum Minderbegabten abgestempelten Jugendlichen ist die berufliche Karriere als Ungelernter vorgezeichnet und unter den gegenwärtigen Konkurrenzbedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt fast unausweichlich. Die Charakterisierung der Jungarbeiterproblematik als ein Problem der Lernbehinderung trifft nicht die Wurzel des Übels, die im Bildungssystem selber zu suchen ist, das seine eigenen „drop-outs“ produziert.

### 3.3 Das System der Berufsausbildung

Aber auch das System der Berufsausbildung unterliegt sozialen und ökonomischen Bedingungen, die zum Entstehen der Gruppe der Jungarbeiter in besonderem Maße beitragen. Das duale System der Berufsausbildung ist für Hauptschüler — gemessen an den Übergangsquoten — die bedeutsamste Form der Berufsausbildung. Das *Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen* und der *Zugang zu dieser Ausbildungsform* unterliegen jedoch z. T. erheblichen Beschränkungen, die dazu führen, daß auch ein nach den herkömmlichen Maßstäben geeigneter und lernmotivierter Schulabgänger keine Berufsausbildung beginnen bzw. zu Ende führen kann. Zu diesen Faktoren gehört insbesondere das *regional ungleiche und z. T. stark auf wenige Ausbildungsberufe konzentrierte Ausbildungsangebot*. Sowohl die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze als auch deren regionale und berufliche Streuung ist abhängig von der regionalen Wirtschaftsstruktur und somit weitgehend in das Belieben der Betriebe gestellt<sup>33</sup>. Auf die Gründe dieser einzelbetrieblichen Entscheidungen soll an anderer Stelle eingegangen werden (vgl. folgendes Kapitel). Festzuhalten bleibt, daß auch zu Zeiten der Hochkonjunktur und des hohen Überschusses an angebotenen Ausbildungsplätzen in strukturschwachen Regionen mit einem hohen Anteil an Hauptschulabgängern Defizite an Ausbildungsplätzen bestanden. Diese Feststellung gilt in besonderem Maße für weibliche Bewerber, denen ein qualitativ schlechteres und stärker auf wenige Ausbildungsberufe konzentriertes Ausbildungsplatzangebot zur Verfügung stand als den männlichen Jugendlichen. Berufsfachschulen, die einen gleichwertigen Ausbildungsabschluß vermitteln, oder überbetriebliche Lehrwerkstätten konnten diesen Mangel bisher nicht beheben, da auch diese sich kaum in strukturschwachen, ländlichen Gebieten ansiedeln bzw. z. T. der betrieblichen Kooperation und Mitfinanzierung bedürfen<sup>34</sup>.

<sup>33</sup> Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen vgl. F. Stooß (1971) und (1973); zu der nach Branchen unterschiedlichen Ausbildungsintensität vgl. H. Hofbauer, F. Stooß (1975).

<sup>34</sup> Vgl. hierzu G. Dybowski, H. Rudolph (1974), S. 27—29.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu u. a. BA (Hrsg.), Bestandsaufnahme und kritische Analyse (1975), S. 9—19.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu P. Binkelman, F. Böhle, J. Schneller (1975), S. 79—105.

<sup>37</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf G. Wiemann u. a. (1974), S. 6—24; K. Stratmann (1974), S. 41 f.; H. J. Rohrs (1973), S. 173; A. Brock (1975), S. 35—36.

Die *Veränderungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt* seit 1971<sup>35</sup>):

- sinkendes Ausbildungsplatzangebot,
- hohe Ausschöpfung des Angebots einschließlich der in „marginalen“ Ausbildungsbetrieben und Ausbildungsberufen angebotenen Plätze,
- verstärkte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen anderer Personengruppen aufgrund hoher Schulabgängerzahlen und der Numerus-clausus-Situation an Hoch-, Fachhoch- und Fachschulen,
- Rückzug vieler Betriebe aus der Berufsausbildung wegen gesteigerter Eignungsanforderungen an die Betriebe durch das BBiG

haben das Problem des ungleichen Zugangs zur betrieblichen Berufsausbildung verschärft und zugleich die Chancen der ohnehin aus familialer und schulischer Sozialisation Benachteiligten beträchtlich vermindert.

Diese *Chancenungleichheit des Zugangs zu Ausbildungsplätzen* verstärkt sich durch die unterschiedlichen und intransparenten *Rekrutierungs- und Selektionsmuster der Betriebe*<sup>36</sup>. Da es sich bei der betrieblichen Berufsausbildung um einen Ausbildungsvertrag handelt, der mit wenigen Einschränkungen durch das BBiG der Vertragsfreiheit unterliegt, gibt es keinen staatlich geregelten, garantierten Zugang mit festen Zugangsvoraussetzungen, wie etwa beim öffentlichen Bildungssystem. Ebenso fehlt ein Reglement, das für Jugendliche, die das Ausbildungsziel bzw. eine Zwischenstufe nicht erreichen, ein Recht auf Wiederholung beinhaltet. Auch dies kann nur vertraglich vereinbart werden, der Betrieb ist hierzu nicht verpflichtet. Ein Teil der jugendlichen Ausbildungsabbrecher könnte durch ein solches garantiertes Recht auf Wiederholung, verbunden mit Unterstützungsmaßnahmen durch die Berufsschule, sicherlich seine begonnene Ausbildung zu einem erfolgreichen Abschluß bringen.

Angesichts dieser Situation in der betrieblichen Ausbildung fragt man sich, was die *Berufsschule*, zu deren Besuch die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag verpflichtet sind, zur Verbesserung der beruflichen und sozialen Chancen tut. Die Antwort muß — ungeachtet vieler bemerkenswerter Ansätze — heißen: „Nichts!“<sup>37</sup>

Die Berufsschule ist ihrer Intention nach konzipiert als die *betriebliche Berufsausbildung begleitende und ergänzende Teilzeitschule*. Aufgrund dieser bildungspolitischen und berufspädagogischen Leitidee hat sie die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag weder organisatorisch noch curricular in die Gruppe der Berufsschüler integrieren können. Die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag werden meist in Jungarbeiterklassen zusammengefaßt, die sich aus allen Berufsrichtungen und Branchen rekrutieren.

Da ein sinnvoller fachbezogener Unterricht aufgrund dieser Zusammensetzung der Jungarbeiterklassen nicht möglich ist, orientieren sich die *Lernziele und -inhalte* an einem *kompensatorischen Bildungsverständnis*, das die Entfremdung in der Arbeit durch die Beschäftigung mit geistigen und humanistischen Werten aufzuheben versucht. Das heißt, daß gerade jene Lerninhalte und Werte angeboten werden, an denen viele dieser Jugendlichen bereits in der Grund- und Hauptschule gescheitert sind. Daneben zielt der herkömmliche Berufsschulunterricht auf den Erwerb staatsbürgerlicher Fähigkeiten und Kenntnisse im Sinne einer formalen Institutionenkunde einerseits sowie auf die praktischen häuslichen Pflichten der Jugendlichen anderer-

seits ab, um sie (wenigstens) zu guten Hausvätern und -müttern bzw. Staatsbürgern heranzubilden.

Da der Anreiz zum Besuch der Berufsschule in Form von am Arbeitsplatz verwertbaren Kenntnissen oder in Form eines anerkannten Zertifikats fehlt, empfinden die Jugendlichen den Berufsschulbesuch eher als lästig und störend, da sie seinetwegen vom Betrieb fernbleiben müssen. Hierdurch sowie durch den relativ häufigen Arbeitsplatzwechsel der Jungarbeiter ergibt sich eine hohe Fluktuation in den Jungarbeiterklassen, die den Lernerfolg zusätzlich beeinträchtigt.

So sind die Jungarbeiter die „Stiefkinder“ der Berufsschule, von der keine Impulse zur Verbesserung ihrer sozialen und beruflichen Lage ausgehen können. Da das Jungarbeiterproblem auch und gerade im Kreise von Berufspädagogen weithin als ein Problem der *Lernbehinderung* angesehen wird, dem mit sonder- und heilpädagogischen Maßnahmen begegnet werden muß, wird besonders die größte Gruppe unter den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, die Mädchen, vernachlässigt. Die meisten von ihnen haben, wie gezeigt werden konnte, den Hauptschulabschluß, und ihr Entschluß, keine Berufsausbildung zu beginnen, ist häufig Bestandteil einer bewußten Lebens- und Familienplanung. Für diese Gruppe steht jedoch in der Berufsschule überhaupt kein kompensatorisches Bildungsangebot bereit, das in der Lage wäre, dieses *geschlechtsspezifische Sozialisationsmuster* aufzubrechen.

### 3.4 Das Beschäftigungssystem: Qualifikationsanforderungen und Arbeitsplätze für Jugendliche

Eine weitere wichtige Frage, wenn man nach den Ursachen der Entstehung des Jungarbeiterproblems forscht und nach Möglichkeiten zu seiner Bewältigung sucht, ist die nach den Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem: Stellen die unqualifizierten, disponiblen und leicht austauschbaren Arbeitskräfte ein Funktionserfordernis des bestehenden ökonomischen Systems dar oder leidet das Beschäftigungssystem eher an einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, so daß ein starkes Interesse an der Qualifizierung Jugendlicher seitens der Betriebe besteht? Umfangreiche Untersuchungen über den ökonomisch-technologischen und sozialen Wandel und dessen Auswirkungen auf den Bedarf an qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften haben kontroverse und nicht eindeutig interpretierbare Ergebnisse erbracht<sup>38)</sup>.

Zum einen wird ein steigendes *berufliches Anforderungsniveau* konstatiert und prognostiziert, das sich aus der verwissenschaftlichten Produktionsweise sowie aus dem Ansteigen anspruchsvoller Montage-, Reparatur- und Wartungsarbeiten an immer komplexeren maschinellen Anlagen ergibt. Zum anderen ist aus vielen arbeitssoziologischen Untersuchungen deutlich geworden, daß sich der Anteil repetitiver, monotoner Teilarbeiten bei weitem nicht in dem prognostizierten Ausmaß reduziert hat und in einigen Bereichen wieder zunimmt. Diese zum Teil gegenläufigen Tendenzen der Qualifikationsstrukturentwicklung im Beschäftigungssystem sind nicht verallgemeinerungsfähig, sondern beziehen sich jeweils nur auf bestimmte Branchen oder Arbeitsplätze. Eine Globalaussage etwa bezüglich einer zunehmenden Polarisierung der Qualifikationsanforderungen, einer zunehmenden Ent-

qualifizierung oder auch einer allgemeinen Höherqualifizierung der *Arbeitsplätze* ist anhand der vorliegenden Analysen kaum zu treffen.

Feststellen läßt sich lediglich, daß, gemessen am Ausbildungsstand der Erwerbstätigen, sich in den vergangenen 10 bis 20 Jahren eine Tendenz zur allgemeinen Höherqualifizierung der deutschen Erwerbstätigen erkennen läßt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die insgesamt besser ausgebildeten Erwerbstätigen auch entsprechend ihrer erworbenen Qualifikation beschäftigt werden. Für eine Reihe von Berufen sind auch Dequalifizierungsprozesse nachweisbar.

Die Veränderung der Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem muß auch unter dem Aspekt langfristiger Strukturwandlungen gesehen werden. Der bereits in den vergangenen 20 Jahren begonnene Trend einer *sektoralen und beruflichen Umstrukturierung* vom primären und sekundären Sektor hin zum tertiären Sektor und damit sowohl zu den qualifizierteren als auch zu den weniger qualifizierten Dienstleistungsberufen hält weiterhin an. Bei diesem Strukturwandel fällt auf, daß in den expandierenden Berufen mit einem hohen Anteil an qualifizierten Fachkräften der Anteil der Ungelernten ansteigt, wobei es offenbleibt, ob der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften oder die Zunahme minder qualifizierter Tätigkeiten für diese Entwicklung maßgeblich ist.

Diese Ergebnisse zeigen, daß auch der sektorale Wandel und der Wandel der Berufsstruktur nicht die vielfach unterstellte Tendenz zu einer Anhebung der Qualifikationsanforderungen belegen können. Sie liefern somit auch keine Anhaltspunkte für die Frage, ob sich aus den veränderten Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem die Notwendigkeit ergibt, den Anteil der Jugendlichen Ungelernten noch weiter zu reduzieren.

Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer qualifizierten Berufsausbildung ergeben sich jedoch aus der Entwicklung der *Beschäftigungssituation Jugendlicher*.

Wenn jugendliche Berufsanfänger vorwiegend an arbeitsintensiven Arbeitsplätzen beschäftigt werden können, da sie nur hier berufsrelevante Kenntnisse erwerben können und da ihnen für Tätigkeiten in der Produktion an kapitalintensiven Arbeitsplätzen — sofern diese nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz überhaupt in Frage kommen —, aufgrund ihres physischen und psychischen Entwicklungsstandes entscheidende „extrafunktionale“ Qualifikationen wie z. B. Monotonietoleranz, Konzentrationsfähigkeit, Ausdauer, aber auch berufliche Erfahrung und Verantwortung fehlen, dann vermindern sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für ungelernete Jugendliche in dem Maße, in dem arbeitsintensive Arbeitsplätze von kapitalintensiven verdrängt werden<sup>39)</sup>.

Diese strukturellen Ursachen betreffen auch die herkömmliche betriebliche Berufsausbildung und erfordern auch dort strukturelle Veränderungen. Das heißt, daß das Problem der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag langfristig nicht einfach durch zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu lösen ist. Schon jetzt zeigt sich, daß im Bereich der Industrie die Ausbildungsintensität bei ansteigendem Technisierungsgrad und sinkendem Facharbeiterbedarf zurückgeht<sup>40)</sup>.

Die hier beschriebenen strukturellen Veränderungen im Beschäftigungssystem und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungslage der Jungarbeiter sind keine durch die Technik determinierten Quasi-Naturgesetzmäßigkeiten, son-

<sup>38)</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. A. Chaberny, K. Gottwald (1976); F. Gerstenberger (1976); BA (Hrsg.) „Überlegungen . . .“ (1974), S. 37 ff.; B. Kraus, S. Gensior (1974).

<sup>39)</sup> Vgl. BA (Hrsg.), Bestandsaufnahme und kritische Analyse (1975), S. 21—22.

<sup>40)</sup> Vgl. hierzu H. v. Hennings (1975).

dem Ergebnis *betrieblicher und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse*. Welche Strategien im einzelnen dahinter stehen und welche Konsequenzen sich für die Lösung der Jungarbeiterproblematik daraus ergeben, soll hier kurz dargestellt werden.

Nach den vorliegenden Analysen<sup>40a)</sup> sind die folgenden *betrieblichen Strategien* für den *Arbeitskräfteeinsatz* relevant, die je nach Branche, Betriebsgröße, Produktionssystem und Konjunkturlage alternativ oder einander ergänzend angewandt werden:

a) Dem durch den technologischen Wandel bedingten Anstieg der Qualifikationsanforderungen in bestimmten Produktionszweigen wird nach Möglichkeit mit weiterer *Zerlegung der Tätigkeiten* begegnet, damit das vorhandene Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen ausreicht bzw. durch kurze, betriebsspezifische Anlernung auf den erforderlichen Stand gebracht werden kann.

b) Für Anlernertätigkeiten werden Arbeitskräfte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die im erlernten Beruf keine Beschäftigung mehr finden können, bevorzugt, da diese durch ihre betriebliche Ausbildung und Berufserfahrung über abstrakte Arbeitstugenden und extrafunktionale Fähigkeiten verfügen, die Ungelernte oder Jugendliche in geringerem Maße aufweisen.

c) Berufsausbildung und betriebliche Qualifizierung sind ein freiwilliges Angebot der Betriebe, das diese an kurz- und langfristigen Rentabilitäts Gesichtspunkten orientieren. Rentabel ist eine Ausbildungsinvestition für einen Betrieb, wenn sie auf die spezifischen Belange des Betriebes abgestellt ist und die Arbeitskräfte möglichst lange an den Betrieb bindet. Unter diesem Gesichtspunkt gehen viele Betriebe in erheblichem Umfang dazu über, entweder Jungarbeiter unterhalb der Ebene der Facharbeiterqualifikation anzulernen oder Erwachsene auf dem Wege innerbetrieblicher Weiterbildung zu Facharbeitern zu qualifizieren. Diese Alternativen zur normalen Berufsausbildung werden für die Betriebe vor allem dann rentabel, wenn durch steigende Anforderungen an den Ausbildungsbetrieb die Ausbildungskosten steigen und die betriebliche Verwertbarkeit der ausgebildeten Arbeitskräfte abnimmt.

d) Schließlich besteht ein betriebliches Interesse auch an einem disponibel verfügbaren Potential an Hilfsarbeitern, da mit dieser Gruppe von Beschäftigten die unausweichlichen konjunkturellen Schwankungen aufgefangen werden können. Die erheblich niedrigeren Wiederbeschaffungskosten für diese Arbeitskräfte machen es den Betrieben relativ leicht, sich bei konjunkturellen Rückschlägen von diesen Arbeitskräften zu trennen, um sie bei einem Aufschwung kurzfristig wieder einzustellen. Bei qualifizierten Arbeitskräften, für deren Ausbildung investiert wurde, wären die Wiederbeschaffungskosten demgegenüber zu hoch, so daß ein Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte an konjunktur reagiblen Arbeitsplätzen nur bedingt rentabel ist.

Die Analyse der betrieblichen Strategien des Arbeitskräfteeinsatzes und der betrieblichen Reaktionen auf Veränderungen im normativen Gefüge der Berufsausbildung gibt somit ebenfalls keine Anhaltspunkte dafür, daß vom Beschäftigungssystem her Impulse zur Lösung der Jungarbeiterproblematik zu erwarten sind.

<sup>40a)</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf Binkelmann, Bohle, Schneller (1975), Lenhardt (1975), Lutz, Sengenberger (1975).

<sup>41)</sup> BLK, Bildungsgesamtplan (1973), S. 28, 32—33.

<sup>42)</sup> Vgl. zum folgenden: G. Kühlewind, D. Mertens, M. Tessaring (1976).

#### 4. Zukünftige quantitative Entwicklung

Im Rahmen des Bildungsgesamtplans wurden auch für den Personenkreis der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag quantitative Zielgrößen vorgegeben. Danach soll der Anteil derjenigen Jugendlichen, die keine berufsqualifizierenden Schulen besuchen, sondern nach Abschluß der allgemeinbildenden Schule lediglich an einjährigen berufsbefähigenden Lehrgängen teilnehmen, bis 1985 auf 2 bis 3 % aller Schüler im Sekundarbereich II zurückgehen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, hieße dies, daß jährlich zwischen 54 000 und 73 000 Jugendliche ohne vollwertige Berufsausbildung ins Erwerbsleben eintreten werden<sup>41)</sup>.

Im folgenden soll kurz referiert werden, wie verschiedene Autoren die tatsächliche künftige Entwicklung einschätzen und welche Annahmen sie ihrer Prognose zugrunde legen.

Wiemann und Mitarbeiter (1975, Seite 33 ff.) beurteilen die zukünftige Entwicklung optimistisch. Sie gehen von den bisherigen Entwicklungstendenzen eines sinkenden Anteils an Jungarbeitern und eines steigenden Anteils an Schülern im Sekundarbereich II an vollzeiterwerblichen und allgemeinbildenden Schulen aus. Durch die zunehmende Zahl derer, die weiterführende Schulen besuchen bzw. die ein Ausbildungsverhältnis beginnen, wird sich nach ihrer Einschätzung das Problem der Jungarbeiter sozusagen von selbst lösen. Sie gehen bei ihrer Analyse davon aus, daß Absolventen weiterführender Bildungsgänge keine betrieblichen Ausbildungsstellen anstreben, so daß bei einem immer geringer werdenden Anteil an Hauptschulabgängern das Ausbildungsstellenangebot für alle reicht und daß die Betriebe infolge Bewerbermangels die Eignungsvoraussetzungen herunterschrauben.

Betrachtet man die aktuelle Situation, so zeigt sich, daß derzeit genau das Gegenteil passiert. Zwar gibt es immer noch steigende Anteile an Schülern in vollzeitschulischen Bildungsgängen im Sekundarbereich II, doch wird durch die numerus-clausus-ähnlichen Verhältnisse in allen weiterführenden beruflichen Bildungsgängen ein Druck auf die Nachfrage nach Ausbildungsstellen von „oben“ ausgeübt, so daß die weniger qualifizierten Bewerber und „drop-outs“ des Bildungssystems zunehmend geringere Chancen haben, eine Ausbildungsstelle zu bekommen.

Eine zunehmende Verengung des Ausbildungsstellenmarktes, konjunkturell bedingte Arbeitsplatzdefizite und die demographische Entwicklung mit dem ab 1977 zu erwartenden „Schülerberg“ haben die Situation radikal verändert und die künftigen Ausbildungschancen einer ganzen Generation rapide vermindert<sup>42)</sup>.

Den Berechnungen zufolge wird ab 1977 die Zahl der Abgänger aus dem allgemeinbildenden Schulwesen stark ansteigen, bis zum Jahre 1982 auf jährlich ca. 950 000 gegenüber rund 700 000 zu Anfang der 70er Jahre. Nach 1982 wird ein ebenso rapider Rückgang der Schulabgängerzahlen eintreten, so daß ab 1988 wieder der Stand von 1976 erreicht sein wird.

Die Aufnahmefähigkeit des Bildungssystems entspricht in keinem seiner Bereiche diesen Quantitäten. Im Gegenteil — mitbedingt durch die konjunkturelle Entwicklung und die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte — werden allenthalben Ausbildungskapazitäten gedrosselt oder zumindest die Expansionstendenzen „eingefroren“.

Kühlewind u. a. zeigen in ihren Berechnungen weiterhin, daß bei gegebener Ausbildungskapazität in Schulen, Betrieben und Hochschulen und unter Berücksichtigung des bisher üblichen Anteils an Jugendlichen, die auf eine Be-

rufsausbildung verzichten, ein beträchtlicher jährlicher Mehrbedarf an beruflichen Ausbildungsplätzen eintreten wird, der zum Zeitpunkt des Nachfragemaximums (1981/82) bei fast 190000 Plätzen im Jahr liegen wird. Wenn diese erforderliche Zahl an Ausbildungsplätzen nicht bereitgestellt wird, wird sich der Anteil der Jugendlichen ohne ein Ausbildungsverhältnis auf ca. 20% aller Schüler im Sekundarbereich II erhöhen (z. Z. knapp 10%). Bei dem Wettlauf um die verfügbaren Ausbildungsplätze werden jedoch Selektionsprozesse ablaufen, die — aller Voraussicht nach und entsprechend den bereits gegenwärtig zu beobachtenden Verdrängungsprozessen — zu einer Abdrängung der weniger Qualifizierten durch die formal besser Vorgebildeten führen werden. Der Konkurrenzkampf wird dabei nicht nur um die knappen verfügbaren Ausbildungsplätze geführt werden, sondern in gleicher Weise um die „besseren“ Arbeitsplätze. Es werden — so ist zu vermuten — nicht nur wie bisher die sozial schwachen, von Elternhaus und Schule in ihren Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigten Jugendlichen übrig bleiben, sondern viele Jugendliche, die nach bisherigen Standards den Ansprüchen eines qualifizierten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes voll entsprachen.

Wenn auch die demographische Entwicklung in den nächsten zehn Jahren der ausschlaggebende Faktor für die Ausbildungsknappheit sein wird, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß es auch wachstumsbedingte, strukturelle und politische Gründe für eine dauerhafte Verknappung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots geben wird. Veränderte Arbeitsplatzstrukturen und die Verdrängung arbeitsintensiver durch kapitalintensive Arbeitsplätze können dazu führen, daß es zunehmend weniger Arbeitsplätze gibt, an denen Jugendliche ausgebildet werden können<sup>43)</sup>.

Die durchaus realistische Möglichkeit eines insgesamt in den kommenden Jahren verminderten Wirtschaftswachstums bei weiter ansteigender Arbeitsproduktivität und daraus resultierendem sinkenden Arbeitskräftebedarf sowie die aufgrund der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung geringe künftige Ersatznachfrage bieten keinen Anreiz für verstärkte Ausbildungsinvestitionen der Wirtschaft<sup>44)</sup>.

Schließlich haben auch die durch das Berufsbildungsgesetz von 1969 veränderten bildungspolitischen Normen, insbesondere die gestiegenen Eignungsanforderungen an die auszubildenden Betriebe, bereits erkennbare Auswirkungen auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gehabt. Ein ausführliches Zitat aus der Broschüre „Berufsbildung 1974/75“ des DIHT soll die vorangehenden Ausführungen illustrieren:

„Denn es sind auch strukturelle Entwicklungen in der Wirtschaft — beispielsweise der Vorrang der Rationalisierungsinvestitionen vor den Erweiterungs- und Neuinvestitionen —, die zu einem geringeren Wirtschaftswachstum und zu einem in einigen Wirtschaftszweigen verminderten und qualitativ veränderten Arbeitskräftebedarf führen werden. Dies wird die Wirtschaft auch bei der Ausbildung des Nachwuchses berücksichtigen müssen ...

<sup>43)</sup> H. v. Henniges (1975).

<sup>44)</sup> Autorengemeinschaft (1976).

<sup>45)</sup> DIHT, Berufsbildung 1974/75, S. 28 f.

<sup>46)</sup> DIHT, Berufsbildung 1974/75, S. 42.

<sup>47)</sup> Z. B. „Stuttgarter Anlernjahr“, „Hamburger Werkklassen“, „Wolfenbütteler Modell“ und andere mehr, vgl. hierzu G. Wiemann (1975), S. 389 ff. Eine ausführliche Materialsammlung wurde kürzlich verlegt von: H. Biermann, B. Berlin, Maßnahmen zur Qualifizierung von (potentiellen) Jungarbeitern in der BRD, Materialien, im Auftrag des BBF, Berlin, Hannover, März 1976.

Insgesamt darf die Wirtschaft in ihren Ausbildungsanstrengungen aber nicht nachlassen... In der jetzigen bildungspolitischen Situation allerdings wird sich womöglich die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag wieder erhöhen, da immer mehr Abiturienten aufgrund des sich verschärfenden Numerus clausus an den Hochschulen und der immer geringer werdenden Chance, einen Studienplatz zu erhalten, auf eine betriebliche Berufsausbildung ausweichen. Gerade in einigen kaufmännischen Bereichen wird dann für die schlechteren Hauptschüler kaum noch ein Ausbildungsplatz angeboten werden.

Die strukturellen Wandlungen der Wirtschaft und damit auch des Arbeitskräftebedarfs können die Unternehmen aber nur dann versuchen durch eine Umstrukturierung der Ausbildungsbereiche aufzufangen, wenn der Staat diese Bemühungen nicht auch noch erschwert. Damit genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden können, muß er die Rechtsnormen der Ausbildung für die Betriebe flexibler gestalten und darf nicht durch ein neues Berufsbildungsgesetz die Ausbildung durch praxisfremde Normen und neue Bürokratien immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich machen.<sup>45)</sup>

Die Zahl der Ausbildungsbetriebe hat sich durch die verstärkten Rationalisierungsbemühungen der Betriebe und die höheren Ausbildungsanforderungen bereits erheblich reduziert. So ging im Bereich der Industrie- und Handelskammern innerhalb des Jahres 1974 die Zahl der Ausbildungsbetriebe um knapp 30 000 zurück<sup>46)</sup>.

Nimmt man all diese Komponenten zusammen, so ist eine beträchtliche Erhöhung des Jungarbeiteranteils in den kommenden Jahren fast unausweichlich. Dabei werden aufgrund der dargestellten demographischen und ökonomischen Entwicklung zunehmend solche Jugendlichen betroffen sein, die nicht zu dem „traditionellen“ Jungarbeiterkreis gehören und die unter „normalen“ Bedingungen eine Berufsausbildung begonnen und auch einen Ausbildungsplatz bekommen hätten.

## 5. Lösungsansätze und Maßnahmen

### 5.1 Bestehende Maßnahmen: Zielsetzung und Erfolg

Die bestehenden Maßnahmen und Modelle zur Lösung des Jungarbeiterproblems können unterteilt werden in solche, die

- a) im Rahmen der Berufs- und Sonderberufsschulen die Jungarbeiterschulung verbessern sollen, und solche, die
- b) die Berufswahlreife noch nicht berufsreifer Jugendlicher durch berufsvorbereitende Maßnahmen erhöhen sollen.

Zu a)

Die meisten berufspädagogischen Modellversuche im Rahmen der Jungarbeiterbeschulung richten sich auf einen *einjährigen Vollzeitunterricht als Alternative zur Teilzeitberufsschule*, deren Schwächen bereits dargestellt wurden. Dieses eine Jahr wird — mit gewissen Abweichungen in den einzelnen Modellen<sup>47)</sup> — im Sinne eines Berufsvorbereitungsjahres gestaltet, d. h., die Schüler haben die Möglichkeit, einen Überblick über mehrere Berufsfelder und Grundkenntnisse in einigen Berufsfeldern zu erwerben.

Probleme scheinen u. a. in der Festlegung von Berufsfeldern und deren geschlechtsspezifischer Zuordnung zu liegen. Die Modelle orientieren sich im wesentlichen an den elf Berufsfeldern, die auch für das Berufsgrundbildungsjahr vorgegeben sind (Wirtschaft und Verwaltung, Metall, Elektrotechnik, Bau und Holz, Textil und Bekleidung,

Druck und Papier, Physik, Chemie, Biologie, Ernährung und Hauswirtschaft, Farb- und Raumgestaltung, Gesundheits- und Körperpflege, Landwirtschaft), wobei die Mädchen häufig nach wie vor in den „typisch weiblichen“ Berufsfeldern Ernährung und Hauswirtschaft, Körperpflege, Gestalten, Wirtschaft und Verwaltung unterrichtet werden.

Mit diesem einen Jahr Vollzeitschule ist in der Regel die Berufsschulpflicht der Jugendlichen abgegolten, so daß sie — nur noch durch das Jugendarbeitsschutzgesetz eingeschränkt — dem Betrieb voll zur Verfügung stehen. Den durchaus positiven pädagogischen Ergebnissen dieser Form der Jungarbeiterbeschulung müssen jedoch auch einige kritische Bemerkungen gegenübergestellt werden.

- Mit diesen Modellen wird lediglich das Problem der bestehenden Jungarbeiterbeschulung im Rahmen der Teilzeitberufsschule, nicht jedoch eine Bewältigung des Jungarbeiterproblems an sich geleistet. So fehlen z. B. Informationen darüber, ob es in diesem Vollzeitberufsschuljahr gelingt, die Jugendlichen doch noch zur Aufnahme einer Berufsausbildung zu motivieren. Wenn dies in nennenswertem Umfang der Fall wäre, könnte — bei einem ausreichenden Ausbildungsplatzangebot — diese Form der Jungarbeiterbeschulung auch zu einer Lösung des Jungarbeiterproblems beitragen.
- Für die Jugendlichen, die aus finanziellen Gründen keine Berufsausbildung, sondern gleich eine Arbeitnehmertätigkeit aufnehmen, bringt das Vollzeitberufsschuljahr einen beträchtlichen Verdienstausschlag mit sich.
- Die einjährige Vollzeitberufsschule liefert den Betrieben besser vorgebildete Hilfsarbeiter und entlastet sie zudem noch von den Kosten, die ihnen sonst durch den Ausfall der Jugendlichen bei dem wöchentlichen Berufsschulbesuch entstehen. D. h., es findet eine Umverteilung der Kosten zu Lasten der Jugendlichen und ihrer Eltern statt, ohne daß damit eine wesentliche Qualifizierung der Arbeitskräfte erreicht wird.

Die hier zusammengetragenen Argumente gegen die berufspädagogischen Modellversuche können nicht die beachtlichen pädagogischen Erfolge schmälern, die hervorbracht wurden und die als curriculare und didaktische Konzepte aufgenommen werden müssen in zukünftige, noch zu konzipierende Maßnahmen. Es soll nur deutlich gemacht werden, daß Lösungsansätze, die auf den Bereich der Berufsschule und auf curriculare und didaktische Verbesserungen beschränkt bleiben, die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen des Jungarbeiterproblems nicht beseitigen und daß sie nur im Verbund mit grundsätzlichen, die gesellschaftlichen Ursachen mit einbeziehenden Lösungskonzeptionen erfolgreich sein können.

#### Zu b)

Die einzelnen, von der BA geförderten berufsvorbereitenden Maßnahmen zielen auf unterschiedliche Personengruppen ab, die jedoch alle zu dem potentiellen Jungarbeiterkreis gehören (vgl. nachfolgende Übersicht). Die Zahl dieser Maßnahmen und der geförderten Teilnehmer ist in den vergangenen Jahren rapide angestiegen (vgl. Tabelle 10). Insgesamt hat sich die Zahl der Teilnehmer zwischen den Jahren 1972 und 1975 verdreifacht.

In dem hier behandelten Zusammenhang interessieren insbesondere jene Lehrgänge und Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lernschwachen Jugendlichen durch Förderung der Berufsreife (was immer das auch sein mag) die Aufnahme einer Ausbildung zu ermöglichen (F-Lehrgänge), bzw. Jugendlichen, die trotz ausreichender Fähigkeiten und schulischer Leistungen aufgrund der Arbeitsmarktsituation keine Ausbildungsstelle bekommen haben (G I-Lehrgänge), eine Überbrückungsmaßnahme anzubieten.

Die Grundausbildungslehrgänge wurden in verstärktem Umfang erst ab 1974 im Zuge der ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit eingerichtet. Der starke Anstieg bei den GI-Lehrgängen deutet bereits an, daß Jugendliche in zu-

**Tabelle 10:**  
Teilnehmer an berufsvorbereitenden Lehrgängen und Einzelmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (Jahresdurchschnittswerte) nach Lehrgangsarten und Einmündung in eine betriebliche/überbetriebliche Berufsausbildung in den Jahren 1971/72 bis 1975/76, absolut und in %<sup>1)</sup>

Berichtsjahre (jeweils vom 1. 10. bis 30. 9.)	Grundausbildungslehrgang*)							Förderungslehrgang*)				Lehrgang zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichk.			
	G 1		G 2		G 3	G 4	Summe	darunter: Einmünd. in be- triebliche Aus- bildung in %	F	Ver- änderung (1971 =100)	darunter:		V	Ver- änderung (1971 =100)	darunter: Einmünd. in be- triebliche Aus- bildung in %
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	abs.	abs.				in %	abs.			
1971/72	-	-	-	-	-	-	-	4952	100				1559	100	
1972/73	/	/	/	/	/	872	/	6441	130	67,4 <sup>2)</sup>	/		2860	183	49,8 <sup>2)</sup>
1973/74	/	/	/	/	/	720	42,8	7831	158	59,3 <sup>2)</sup>	/		4288	275	18,5 <sup>2)</sup>
1974/75	1043	54,2	86	36,1	5635	224	6988	/	10488	212	53,9	1,2	6354	408	17,0
1975/76**)	2830	/	780	/	5808	91	9509	/	13176	(266)	/	/	8493	(545)	/

<sup>1)</sup> Quelle: BA (Hrsg.), Berufsberatung 1972/73, S. 54; Berufsberatung 1973/74, S. 53—55; Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Jg. 1976, Nr. 15 vom 14. 4. 1976.

\*) Definition und Zielgruppen der einzelnen Lehrgangsarten vgl. nachfolgende Übersicht.

\*\*) vorläufige Zahlen bis zum Stand Februar 1976.

<sup>2)</sup> nur Lehrgänge, ohne Einzelmaßnahmen.



Übersicht über Zielgruppen, Regeldauer und Zweck berufsvorbereitender Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit<sup>1)</sup>

Maßnahme		Zielgruppen	Regeldauer und Zweck der Maßnahme
Art	Kurzbezeichnung		
Grundausbildungslehrgänge	G 1	Schulentlassene, die eine angestrebte Berufsausbildung wegen Mangel an geeigneten Ausbildungsstellen nicht aufnehmen können.	Grundsätzlich nicht länger als 1 Jahr.  Vorbereitung auf die betriebspraktischen Anforderungen an Auszubildende; Vermittlung praktischer und theoretischer Grundkenntnisse und -fertigkeiten in mehreren Berufen eines Berufsbereiches. Keine Vorwegnahme des 1. Ausbildungsjahres; kein Ersatz des Berufsgrundbildungsjahres/Berufsgrundschuljahres.
	G 2	Schulentlassene, deren Bewerbungen um Ausbildungsstellen ihrer schulischen Leistungen wegen aussichtslos sind.	Grundsätzlich nicht länger als 1 Jahr.  Vorbereitung auf die betriebspraktischen Anforderungen an Arbeitnehmer; Vermittlung praktischer Grundfertigkeiten aus solchen Berufen, in denen auf dem örtlichen Arbeitsmarkt üblicherweise Arbeitskräfte eingearbeitet bzw. angelernt werden.
	G 3	Arbeitslose Jugendliche, für die – unabhängig von den dafür maßgeblichen Gründen – eine Berufsausbildung nicht in Betracht kommt. Arbeitslose Jugendliche, die nicht oder nur kurzfristig erwerbstätig waren, können auch an Lehrgängen „G 2“ teilnehmen.	Bis zu 9 Monaten, in Ausnahmen bis zu 1 Jahr.  Vermittlung berufspraktischer Fertigkeiten, Kenntnisse über Arbeitsverhalten, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit u.ä.; Berücksichtigung mehrerer Beschäftigungsmöglichkeiten in einem Berufsbereich.
	G 4	Strafgefangene in Jugendstrafanstalten.	Bis zu 1 Jahr, möglichst abschließend bei Straftatlassung.  Vorbereitung auf den Übergang in eine Arbeit/Ausbildung; Ausgestaltung der Lehrgänge entsprechend „G 1“ oder „G 2“.
Förderungslehrgang	F	<p><i>Noch nicht berufsreife</i> Schulentlassene, die</p> <p>a) von ihrer Begabung her fähig wären, eine Berufsausbildung aufzunehmen, jedoch Starthilfen bedürfen, weil sie wegen <i>vorübergehender</i> Entwicklungsschwierigkeiten im physischen oder psychischen Bereich der Belastung einer Berufsausbildung noch nicht gewachsen sind oder</p> <p>b) in der Regel Abgänger aus Sonderschulen für Lernbehinderte oder vergleichbare Abgänger aus Hauptschulen sind und wegen ihrer in einer <i>nicht nur vorübergehenden</i> Behinderung begründeten Lernschwierigkeiten der besonderen Hilfe des Förderungslehrganges bedürfen.</p>	1 Jahr.  Vorbereitung auf die betriebliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (einschließlich geregelter Ausbildungsgang für Behinderte) mit Berufsfindung.
Lehrgang zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten	V	<i>Noch nicht berufsreife</i> Personen, die für eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (einschließlich besonders geregelter Ausbildungsgang für Behinderte) mit Sicherheit nicht in Betracht kommen, die aber wegen ihrer Behinderung der besonderen Hilfe des Lehrganges bedürfen, damit ihnen eine Eingliederung auf dem betreffenden Arbeitsmarkt ermöglicht wird.	1 Jahr, bis zu 2 Jahren bei Vorbereitung auf den besonderen Arbeitsmarkt „Werkstatt für Behinderte“.  Vorbereitung auf eine Arbeitnehmertätigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt oder auf dem besonderen Arbeitsmarkt „Werkstatt für Behinderte“.

<sup>1)</sup> aus: BA (Hrsg.), Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Jg. 1976, Nr. 15 vom 14. 4. 1976.

nehmendem Ausmaße wegen fehlender Ausbildungsstellen keine Berufsausbildung beginnen können. Nur gut die Hälfte dieser Jugendlichen konnte nach Abschluß des Lehrgangs in eine Ausbildungsstelle vermittelt werden.

Die übrigen Grundausbildungslehrgänge sind nicht für Bewerber um Ausbildungsstellen konzipiert, so daß der „Erfolg“ dieser Maßnahmen nicht an den Übergängen in Ausbildungsstellen gemessen werden kann. Allerdings bedeutet dies nicht, daß die übrigen Grundausbildungslehrgänge nicht ebenfalls zum Teil von Jugendlichen besucht werden, die aufgrund der Knappheit an Ausbildungsplätzen vom Ausbildungsstellenmarkt abgedrängt wurden. Ihre Chancen, durch den Besuch der Lehrgänge dennoch eine Ausbildungsstelle zu bekommen, sind jedoch minimal. Dabei spielen nicht nur mangelnde Fähigkeiten und Neigungen oder die Arbeitsmarktsituation eine Rolle. Denkbar wäre, daß durch die Einstufung der Jugendlichen als nicht geeignet für eine betriebliche Berufsausbildung — ähnlich wie bei fehlendem Hauptschulabschluß — Zuschreibungs- und Diskriminierungsmechanismen in Gang kommen, die diese Jugendlichen als Minderqualifizierte kennzeichnen und sie dauerhaft auf ein Leben als Ungelernter festlegen.

Ähnliches könnte für die Teilnehmer an *Lehrgängen zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten (V-Lehrgänge)* zutreffen, in denen lernschwache Jugendliche auf eine Arbeitnehmertätigkeit vorbereitet werden. Mit den stark angestiegenen Teilnehmerzahlen sind zugleich die Vermittlungschancen in eine betriebliche Berufsausbildung erheblich zurückgegangen. Konnte 1972/73 noch immerhin die Hälfte nach Besuch des Lehrgangs eine Ausbildungsstelle finden, so waren es in den folgenden Jahren noch nicht einmal 20 %.

Weniger stark expandiert haben die *Förderungslehrgänge*, die den wichtigsten und zugleich quantitativ bedeutsamsten Beitrag der Bundesanstalt für Arbeit zur Lösung des Jungarbeiterproblems darstellen. Allerdings sind die weiblichen Jugendlichen, die zwei Drittel der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ausmachen, an den Lehrgangsteilnehmern stark unterrepräsentiert (33 %). Die ursprünglich hohe „Erfolgsquote“ dieser Lehrgänge (gemessen an den Übergängen in eine Berufsausbildung) ist im beobachteten Zeitraum stark zurückgegangen. Betrachtet man diesen „Erfolg“ etwas genauer, so stellt man fest, daß fast alle männlichen Teilnehmer eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung begonnen haben (98 %), aber nur 62 % der weiblichen (ohne Tabelle).

Die Berufseinmündungen der Teilnehmer in Ausbildungsberufe weisen eine noch stärkere Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe auf, als dies bei den Auszubildenden insgesamt zu beobachten ist. 84% der Teilnehmer haben eine Berufsausbildung in jenen Ausbildungsberufen begonnen, in denen 73 % aller Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr ausgebildet werden.

Neben den Warenkaufleuten und den schlosserischen Berufen, die auch bei den Auszubildenden stark besetzt sind, sind unter den Berufseinmündungen auch solche Ausbildungsberufe stärker vertreten, in denen nur wenige Auszubildende ausgebildet werden bzw. in denen zu Zeiten des Überangebots an Ausbildungsstellen viele Plätze unbesetzt blieben, z. B. Maler, Lackierer; Tischler; Bäcker;

<sup>48)</sup> Diese Ausführungen beinhalten keine Kritik an dem starken Engagement der Bundesanstalt für Arbeit für diese benachteiligten Jugendlichen, die in diesem Bereich großzügig andernorts entstandene Versäumnisse zu lindern versucht. Daß sie sich dabei innerhalb des ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Rahmens bewegt, ist selbstverständlich.

**Tabelle 11:**  
**Teilnehmer an Förderungslehrgängen und -maßnahmen (F) der Bundesanstalt für Arbeit nach ihrer Einmündung in einen anerkannten Ausbildungsberuf 1973/74 und 1974/75, in %<sup>1)</sup>**

Ausbildungsberufe nach Berufsgruppen*)	1974/75	1973/74
68 Warenkaufleute	12,0	12,8
27 Schlosser	11,7	12,2
51 Maler und Lackierer	10,1	9,8
28 Mechaniker	9,8	9,8
50 Tischler u. a.	8,3	9,1
39 Bäcker, Konditoren	5,2	3,7
26 Feinblechner, Installateure	5,1	6,8
90 Friseure u. a. Körperpfleger	4,7	4,4
44 Maurer, Betonbauer	3,2	2,7
05 Gartenbauer	2,8	2,2
92 Hauswirtschaftliche Berufe	2,7	2,6
31 Elektriker	2,6	3,7
35 Textilverarbeiter	2,4	2,1
78 Bürofach- und -hilfskräfte	1,3	1,3
41 Köche	1,2	1,2
91 Gästebetreuer	0,6	0,6
Summe (absolut)	4 740	3 844
(in %)	83,6	85,2
Einmündungen insgesamt (100 %)	5 667	4 513
Zahl der Teilnehmer an F-Maßnahmen insgesamt	10 488	7 831

<sup>1)</sup> Quelle: BA (Hrsg.), Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Jg. 1976, Nr. 15, vom 14. 4. 1976.

<sup>\*)</sup> Berufsgruppen nach der Klassifizierung der Berufe, 1970.

Maurer; Haus- und landwirtschaftliche Berufe (vgl. Tabelle 11).

Berücksichtigen muß man bei der Wertung dieser Ergebnisse einerseits, daß sich unter den Teilnehmern von Förderungslehrgängen wohl auch ein gewisser Anteil an wirklich Lernbehinderten befindet, für den eine qualifizierte industrielle Berufsausbildung unter den üblichen Ausbildungsbedingungen nicht in Frage kommt. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei einem Teil der Berufe um *langfristig schrumpfende* und auch *stärker von Arbeitslosigkeit bedrohte Berufe* handelt. Ein erheblicher Teil der in diesen Ausbildungsberufen ausgebildeten Erwerbstätigen übt heute ungelernete Tätigkeiten in anderen Berufen und Branchen aus.

So zeigt sich, daß trotz der erfolgreichen Bemühungen, diesen potentiellen Jungarbeitern durch Förderungslehrgänge zu einer Berufsausbildung zu verhelfen, der langfristige Erfolg nicht gesichert erscheint. Anhand der Ausbildungsberufe, die diese jungen Menschen erlernen, kann vermutet werden, daß ein Teil von ihnen später einmal von ähnlichen Dequalifizierungsprozessen bedroht sein wird wie ein Teil der Elterngeneration<sup>48)</sup>.

Der relative Erfolg bisheriger Maßnahmen und Modellversuche zur Berufsförderung und Beschulung von Jungarbeitern darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß *diese Maßnahmen auf einer freiwilligen Teilnahme beruhen*. Diese Jugendlichen besitzen einen gewissen „Motivationsvorsprung“. Würde man entsprechende Maßnahmen für

alle Jugendlichen einführen, sähen die Ergebnisse wahrscheinlich anders aus.

## **5.2 Resümee der Ursachenanalyse und Konsequenzen für neu zu konzipierende Lösungsansätze und Maßnahmen**

Die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag stellen sich hinsichtlich ihrer Vorbildung und sozialen Rekrutierung als heterogener Personenkreis dar. Diesem Tatbestand muß bei Lösungsansätzen Rechnung getragen werden. Folgende ideal-typische Gruppen von Jungarbeitern lassen sich unterscheiden (in der Reihenfolge ihrer ungefähren Größenordnung):

— *Mädchen, die überwiegend normal begabt sind und die Schule erfolgreich durchlaufen haben.*

Ihr Jungarbeiterdasein rührt weniger von sozialer Benachteiligung aufgrund der Herkunft als vielmehr von geschlechtsspezifischen Sozialisationsprozessen und der Verinnerlichung traditionell vorgegebener Geschlechterrollen her.

Diese Art von Benachteiligung kann weder durch Sonderpädagogik noch durch „Hausmütterchenpädagogik“ aufgehoben werden. Ansatzpunkte für eine stärkere Motivierung zu qualifizierter Berufsausbildung müßten sowohl in der familialen Sozialisation, in den schulischen Lerninhalten, in einem breiten, nicht auf die Geschlechtsrolle hin fixierten Ausbildungsplatzangebot als schließlich auch in einem Abbau der überwiegend unqualifizierten und schlechter bezahlten Frauenarbeit gefunden werden.

— *Jungen, die durch den fehlenden Hauptschulabschluß als lernbehindert oder minderbegabt gelten.*

Ihr Jungarbeiterdasein rührt zum größten Teil von einer unterschichtentypischen familialen Sozialisation sowie schichtspezifischen Selektions- und Zuschreibemechanismen in der Grund- und Hauptschule her, die sie schließlich als Randgruppe stigmatisieren und so in ihrer sozialen und persönlichen Identität schädigen. Ihre Chancen im Wettbewerb um Ausbildungsstellen sind minimal. Eine Aufhebung dieser Form der sozialen Benachteiligung würde tiefgreifende Änderungen im sozialen System der Familie, im Schulsystem und letztlich auch im Beschäftigungssystem erfordern, da die Ursachenkette bei der Arbeitssituation und deren Auswirkungen auf gesellschaftliches Bewußtsein und soziale Handlungskompetenz beginnt.

Die bisher entwickelten Ansätze zu einer sonder- oder heilpädagogischen Behandlung des Problems greifen zu kurz, da sie an den Symptomen, nicht aber an der Wurzel kurieren. Sie bergen zudem die Gefahr in sich, durch die Herauslösung dieser Jugendlichen aus der normalen Altersgruppe und dem Klassenverband sozial desintegrierend zu wirken und somit die Kette der Selektions- und Zuschreibungsmechanismen nur noch um ein weiteres Glied zu verlängern.

— *Jungen und Mädchen, die überwiegend wegen ihrer regionalen Herkunft aus strukturschwachen Gebieten keine Berufsausbildung beginnen konnten.*

Ihr Jungarbeiterdasein resultiert hauptsächlich aus den regional ungleichen Bildungschancen, den Mängeln im System der Berufsausbildung sowie den einzelbetrieblichen Strategien des Ausbildungsangebots und des Arbeitskräfteeinsatzes. Entsprechend sind die Eingriffsstellen zu wählen, um diese Defizite zu beseitigen bzw. um Ergänzungen oder Alternativen zum betrieblichen Ausbildungsangebot zu schaffen.

Solche Maßnahmen dürfen jedoch nicht die Möglichkeiten und Grenzen regionaler Mobilität außer acht lassen. Sie müßten außerdem so angelegt sein, daß künftige Dequalifizierung durch ein auch qualitativ entsprechend gestaltetes Ausbildungsangebot vermieden wird.

— *Jungen und Mädchen, die jenseits aller Selektions- und Zuschreibungsprozesse geistig oder körperlich behindert sind.*

Die Ursachen ihrer Behinderung liegen in aller Regel außerhalb dessen, was mit Maßnahmen behebbar oder veränderbar ist. Der Grad ihrer Behinderung ist in der Regel so, daß sie besonderer Betreuung oder Einrichtungen bedürfen. Die Maxime für diesen Personenkreis müßte lauten: Separierung soweit wie nötig, Integration soweit wie möglich, um die Isolation und Stigmatisierung dieser Menschen abzubauen und ihnen eine Form beruflicher Tätigkeit zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten angemessen ist.

Alle bisher genannten Gruppen gehören zu dem „traditionellen“ Jungarbeiterkreis, den es schon immer — früher sehr viel zahlreicher als heute — gegeben hat. Zu diesen kommt nun der Personenkreis der „neuen“ Jungarbeiter hinzu:

— *Jungen und Mädchen, die unter normalen Bedingungen eine Berufsausbildung begonnen und auch eine Ausbildungsstelle bekommen hätten.*

Ihre Jungarbeiterkarriere ist durch die veränderten Bedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt erzwungen. Diese Jugendlichen unterliegen z. T. ähnlichen, z. T. günstigeren familialen und schulischen Sozialisationsprozessen wie ihre sozial stärker benachteiligten Mitschüler; jedenfalls stehen bei dieser Gruppe die familialen und schulischen Sozialisationsprozesse der Aufnahme einer Berufsausbildung nicht im Wege. Es kann angenommen werden, daß diese Jugendlichen sich aus der Schicht der Facharbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden sowie der einfachen Angestellten und Beamten rekrutieren. Die auch in dieser sozialen Schicht bestehende hohe Statusreproduktion zeigt, daß die Berufsausbildung der Kinder eine Selbstverständlichkeit ist, die nur durch extreme Einflüsse in Frage gestellt oder verhindert wird. Es ist derzeit noch nicht abzusehen, wie diese Jugendlichen und ihre Eltern auf diese Bedrohung ihres sozialen Status reagieren werden, wenn der Ausbildungsstellenmangel nicht nur eine vorübergehende Erscheinung bleibt.

Diesen Jugendlichen kann eigentlich nur durch die Bereitstellung eines entsprechenden Ausbildungsangebots geholfen werden, wofür die Eingriffsstellen wiederum sowohl im System der Berufsausbildung als auch im Beschäftigungssystem liegen.

## **5.3 Eingriffsstellen für Maßnahmen**

Die hier kurz zusammengefaßten Ergebnisse zeigen deutlich, daß es für eine Lösung des Jungarbeiterproblems nicht ausreicht, zusätzliche Bildungsmaßnahmen anzubieten und Jungarbeiter und arbeitslose Jugendliche dort unterzubringen, wie dies derzeit geschieht. Entsprechend den aufgezeigten Ursachen müssen Ansatzpunkte für Veränderungen in den gesellschaftlichen Bereichen gesucht und gefunden werden, die an der Entstehung des Jungarbeiterproblems beteiligt sind.

In der folgenden Übersicht wird der Versuch unternommen, die verschiedenen Lösungsansätze und

**Übersicht über Lösungsvorschläge und Maßnahmen zur Bewältigung des Jungarbeiterproblems:  
Darstellung im Zusammenhang der relevanten sozialen Subsysteme und Eingriffsarten**

Art des Eingriffs	Systeme			
	Person (Individuum)	Familie	Bildungssystem	Beschäftigungssystem
rechtlich/ normativ	Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr		Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr	Ausbildungsverpflichtung
	10jährige Schulpflicht		obligatorische Einführung des Berufsgrundbildungsjahres	Anrechnungsverpflichtung öffentlicher Ausbildung auf die betriebliche Ausbildung
				öffentlich-rechtliche Regelung des Zugangs zu betrieblicher Ausbildung und der Wiederholbarkeit von Prüfungen
	Beratungspflicht vor Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatzentscheidung			
				Tarifvertragliche Regelungen zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und Vermeidung von Dequalifizierung
institutionell, organisatorisch und finanziell		Elternbildung Elternberatung als öffentliche Bildungs-, Freizeitangebote	System von beratenden, fördernden und stützenden Maßnahmen für Schüler und Auszubildende in institutionellem Verbund mit der Ausbildung  Aufhebung der Separierung und Isolation der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag und der Lern- und Verhaltensgestörten, Durchlässigkeit der Schulsysteme	Veränderung von Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsformen und -beziehungen („Humanisierung der Arbeitswelt“)
	Anreize zur Berufsausbildung durch finanzielle Förderung auch unabhängig vom Familieneinkommen		Erweiterung der Bildungsangebote quantitativ, qualitativ, regional durch öffentliche Ergänzungs- und/oder Konkurrenzangebote und durch mehr betriebliche Ausbildungsplätze (evtl. durch Fondsfinanzierung oder öffentliche Förderung), Stabilisierung des Ausbildungsplatzangebotes während der Rezession  Konzipierung neuer Ausbildungsgänge zum Erwerb von Teilqualifikationen, die als Bausteine einzeln und unabhängig voneinander erworben werden können, gleichzeitig Elemente eines Grundberufs darstellen, der dabei sukzessive erlernt werden kann	
curricular- didaktisch			Gestaltung der Lerninhalte, Lernziele und Lernorte entsprechend den Bedürfnissen und Lebenssituationen der Betroffenen (z.B. „Lernstudio“, „Lernkneipe“)  Solidarische Prüfungsverfahren  Sinnvolle Vorbereitung auf Arbeitswelt u. Ausbildungsentscheidung in der Schule	
motivational und kognitiv		Eingriff in familialen Sozialisationsprozeß, Veränderungen in den Erziehungsformen und -inhalten		Veränderung der Arbeitssituation, dadurch mehr Lernchancen in der Arbeit, Erhaltung und Weiterentwicklung der kognitiven und motivationalen Fähigkeiten, mehr Selbstbestimmung und soziale Kompetenz

Maßnahmen geordnet nach den jeweiligen Eingriffsstellen und der Art des Eingriffs darzustellen.

Geht man davon aus, daß es innerhalb der Gesellschaft als soziales System mehrere Subsysteme gibt, so sind *die für das Jungarbeiterproblem relevanten Subsysteme* die Person (Individuum), die Familie, das Bildungs- und das Beschäftigungssystem. Das duale System der Berufsausbildung unterliegt sowohl der Einflußnahme des Bildungsis auch des Beschäftigungssystems, so daß je nach Zuständigkeit der Eingriff für Veränderungen im Bildungs- oder im Beschäftigungssystem bzw. in beiden erfolgen muß.

*Die Art des Eingriffs* kann nach dem *Grad seiner Verbindlichkeit* und *normativen Festschreibung* unterschieden werden: Den stärksten Verbindlichkeitscharakter haben Veränderungen der Rechtsansprüche und -Verpflichtungen, wie z. B. die Einführung einer allgemeinen Ausbildungspflicht oder auch Tarifansprüche. Der zweite Komplex von Eingriffsarten ist in organisatorischen, institutionellen oder auch finanziellen Veränderungen zu sehen, die z. T. zwar auch gesetzlicher Absicherung bedürfen, doch das Rechtssystem weniger grundlegend beeinflussen. Änderungen im Bereich der Unterrichtsorganisation und -inhalte sowie im Bereich der familialen Sozialisation dienen der Verbesserung der Lern- und Erziehungssituation, beinhalten jedoch keine grundlegenden Rechtsansprüche oder -Verpflichtungen.

Die Übersicht dient der besseren Systematisierung der vielfältigen Lösungskonzepte und Maßnahmen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Perfektion, sondern soll lediglich einen Überblick geben.

#### 5.4 Darstellung und Diskussion ausgewählter neuer Lösungsansätze und Maßnahmen

Das weitestgehende Konzept zur Lösung der Jungarbeiterproblematik ist das einer *allgemeinen Ausbildungspflicht* bis zum 18. Lebensjahr<sup>49)</sup>. Diese Maßnahme, die auf den ersten Blick einleuchtend erscheint, würde zwar mit einem Schlag das *Phänomen Jungarbeiter*, nicht jedoch das *Problem Jungarbeiter* beseitigen. Folgende Probleme bedürften zusätzlich einer Lösung:

- a) Da finanzielle Gründe bei einem Teil der Jungarbeiter für den Verzicht auf eine Berufsausbildung maßgeblich sind, müßte der mit der Ausbildungspflicht verbundene Verdienstaufschlag durch entsprechende großzügige *finanzielle Förderung* ersetzt werden können.
- b) Da ein erheblicher Teil dieser Jugendlichen, frustriert durch bisherige Lernprozesse, schulmüde und zum Weiterlernen nicht motiviert ist, sind erhebliche *curriculare und didaktische Veränderungen* der bisherigen Lernsysteme erforderlich, um diesen „Motivationsverlust“ einholen zu können. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Genese der Motivationsstruktur im familialen Sozialisationsprozeß sind mit herkömmlichen Mitteln gering.
- c) Im Rahmen einer allgemeinen Ausbildungspflicht müßte das *Problem der Ausbildungsabbrecher zufriedenstellend gelöst werden*, da diese sonst die am stärksten benachteiligte Gruppe bilden würden. Das erfordert ein wirksames *System beratender, fördernder und stützender Maßnahmen* neben und innerhalb des Ausbildungssystems so-

wie einen *Rechtsanspruch auf Wiederholung* bestimmter *Ausbildungsabschnitte* bzw. *Prüfungen*.

d) Für den Teil der *lern- und verhaltensgestörten Jugendlichen*, der trotz dieses begleitenden Beratungs- und Förderungssystems nicht zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden kann, müssen *erreichbare Ausbildungsabschlüsse und Teilqualifikationen* entwickelt werden, die diesen Jugendlichen annähernd gleiche Erwerbs- und Lebenschancen wie allen anderen eröffnen.

e) *Ausbildungspflicht* für alle erfordert ein *Ausbildungsangebot* für alle und somit eine erhebliche Ausweitung öffentlicher und privater Ausbildungskapazitäten. Wahrscheinlich ist eine allgemeine Ausbildungspflicht undenkbar ohne eine entsprechende Ausbildungsverpflichtung der Betriebe sowie die volle Gleichstellung öffentlicher Ausbildungsangebote.

f) Mit der allgemeinen Ausbildungspflicht und einem garantierten Ausbildungsangebot sind letztlich noch nicht die Probleme gelöst, die sich vom Beschäftigungssystem her stellen, wenn dem Bedarf an un- und angelernten Arbeitskräften kein entsprechendes Arbeitskräfteangebot gegenübersteht. Sollen erneute Dequalifizierungsprozesse und die Perpetuierung restriktiver Arbeitsbedingungen mit ihren oben beschriebenen Folgen auf Bewußtsein und Sozialisation der nachfolgenden Generation vermieden werden, so sind Veränderungen an den Arbeitsplatzstrukturen im Sinne einer Anhebung der Qualifikationsanforderungen, größerer Autonomie und Intensivierung der sozialen Kommunikationsprozesse am Arbeitsplatz erforderlich.

Zusammengenommen heißt dies, daß die allgemeine Ausbildungspflicht eigentlich erst eingeführt werden könnte, wenn die hier geschilderten Voraussetzungen erfüllt sind. *Nicht die Ausbildungspflicht löst die Probleme der Jungarbeiter, sondern die Ausbildungspflicht steht am Ende der erfolgreichen Lösung der Jungarbeiterprobleme.*

Von den meisten Autoren wird aus den genannten Gründen eine allgemeine Ausbildungspflicht nicht gefordert, sondern Lösungskonzeptionen entwickelt, die das System der Berufsausbildung so gestalten, daß de facto alle Jugendlichen einbezogen werden können. Stellvertretend für andere soll im folgenden die von G. Wiemann und Mitarbeitern erarbeitete Lösungskonzeption für eine Verbesserung der Zugangschancen der potentiellen Jungarbeiter zur beruflichen Bildung kurz vorgestellt werden, da sie alle andernorts diskutierten Einzelvorschläge umfaßt.

Kernpunkt seines Ansatzes ist eine Veränderung bestehender Selektions- und Zuschreibungsmechanismen im herkömmlichen Schulsystem, die häufig die Jungarbeiterkarriere bereits vorzeichnen. Das bedeutet, daß nicht mehr wie bisher nicht leistungsfähige oder -willige Jugendliche aus dem normalen System ausgesondert, separiert oder vorzeitig ohne Abschluß entlassen werden, sondern daß ein System von beratenden, fördernden und stützenden Maßnahmen diese Jugendlichen auf den erforderlichen Leistungsstand bringt und Abbrecher auffängt. Dieses System beratender, fördernder und stützender Maßnahmen muß die bereits bestehenden Einrichtungen in einen institutionellen Verbund mit dem Schul- und Berufsbildungssystem bringen, um als „Auffangnetz“ auf allen Ebenen des Bildungssystems fungieren zu können. Die Idee eines solchen umfassenden Auffangnetzes kommt aus Erfahrungen mit Bildungssystemen anderer Staaten (z. B. DDR), in denen es das Phänomen Jungarbeiter oder Abbrecher so gut wie nicht gibt<sup>50)</sup>.

<sup>49)</sup> Vgl. im einzelnen hierzu BBF (1975), Anhang 2, S. 403 ff.; Metaplan (1974), S. 38.

<sup>50)</sup> Vgl. hierzu H. Biermann, in: G. Wiemann (1975), S. 99—111.

Wiemann betont jedoch, daß dieses Förder- und Stützsyst<sup>em</sup> nicht die Fehler bisheriger sozial- und heilpädagogischer Maßnahmen wiederholen dürfte, die durch Separierung und Isolation zur Stigmatisierung dieser Jugendlichen beigetragen haben.

Die obligatorische Einführung des Berufsgrundbildungsjahres bildet einen weiteren zentralen Punkt in dieser Lösungskonzeption. Das heißt, nach Abschluß der Hauptschule soll es auf dieser Ebene das Jungarbeiterproblem nicht mehr geben, da alle Jugendlichen sich für eines der 11 Berufsfelder entscheiden und ihre berufliche Grundbildung erwerben. Ein gesondertes Berufsgrundbildungsjahr für Jungarbeiter — wie es dies zum Beispiel in Bayern für arbeitslose Jugendliche gibt —, etwa als 12. Berufsfeld, soll ausgeschlossen werden.

Für Jugendliche, die noch keine Berufsentscheidung treffen wollen oder können, ist ein Berufsvorbereitungsjahr einzurichten, das ähnlich wie die bereits bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen durchgeführt werden könnte, allerdings integrierter Bestandteil des Berufsbildungssystems sein sollte.

An diese Berufsgrundbildung schließlich soll sich die ein- bis zweijährige Berufsfachbildung anschließen, die entweder im Rahmen des bisherigen dualen Systems erfolgt oder in öffentlichen Schulen. Zu fordern wäre eine Gleichstellung der Abschlüsse.

Der Ausschließlichkeitsgrundsatz des BBiG soll nicht angetastet werden, da nur durch gleichwertige Abschlüsse Benachteiligungen, die aus den Zuschreibungsprozessen des Bildungssystems resultieren, aufgehoben werden können.

Erst wenn die bestehenden fördernden und stützenden Maßnahmen ausgeschöpft sind und bestimmte Jugendliche mit extremen Lern- und Verhaltensstörungen nicht auf den allgemeinen Leistungsstandard zu bringen sind, sollten Qualifizierungsmöglichkeiten außerhalb des Berufsbildungsgesetzes geschaffen werden.

Die im Rahmen eines solchen Maßnahmekonzepts zu lösenden Probleme liegen insbesondere im curricularen und didaktischen Bereich. Die Lernprozesse sind so zu gestalten, daß Lerninhalte und -ziele an den Lebenssituationen und Erfahrungen der Jugendlichen festmachen und einen echten Lernanreiz bieten. Wiemann schlägt ein handlungstheoretisches Unterrichtskonzept vor, das an konkreten Aufgaben und Projekten Lerninhalte vermittelt und Problemlösungsstrategien einübt. Unterrichtskonzepte und Curricula für einen handlungsorientierten Unterricht liegen noch kaum vor. Die bestehenden Modellversuche<sup>51)</sup> bieten hierfür jedoch wichtige Anhaltspunkte.

Im Zusammenhang mit den curricularen und didaktischen Problemen eines zielgruppengerechten Unterrichts sind Konzepte für neue Lernorte, wie das „Lernstudio“ oder die „Lernkneipe“ diskutiert worden. Hierunter sind Lernorte zu verstehen, die abweichend vom herkömmlichen Schulunterricht die Jugendlichen in ihren Freizeitinteressen und in ihrem Selbständigkeitsstreben (Wunsch nach Erwachsenenstatus) ansprechen und die, weil sie den Aktivitätsdrang der Jugendlichen einbeziehen, für Lernprozesse nutzbar gemacht werden können<sup>52)</sup>. Diese Lernorte

<sup>51)</sup> 2. B. „Stuttgarter Anlernjahr“, „Hamburger Werkklassen“, „Wolfenbütteler Modell“; zu diesen Modellen im einzelnen vgl. Wiemann (1975), S. 389 ff. sowie die Materialsammlung von H. Bierman u. B. Berlin (1976).

<sup>52)</sup> Im einzelnen vgl. hierzu K. Schweikert, in: BBF (1975), S. 87; Metaplan (1974), S. 34.

<sup>53)</sup> Vgl. / . Drexel, Ch. Nuher (1975).

ermöglichen „interaktionistische“ Lernformen und kreative Lernprozesse innerhalb der sozialen Gruppe (Altersgruppe), in der der Lehrer nur eine Moderatorfunktion haben sollte.

Über all diese Ansätze ist noch zu wenig bekannt, sie sind kaum erprobt, aber im Rahmen von Maßnahmen sollte man ihnen Experimentiermöglichkeiten einräumen. Die Frage, inwieweit sich solche Modelle institutionalisieren und in einen Lehrplan einbauen lassen und ob überprüfbare Lernziele hierdurch vermittelt werden können, müßte in wissenschaftlichen Begleituntersuchungen geprüft werden.

Im Rahmen verstärkten Gruppenlernens und der Förderung von Gruppenprozessen, die wichtig sind, um dem einzelnen emotionale Stabilität zu garantieren, schlägt Wiemann u. a. auch „solidarische Prüfungsverfahren“ vor, die den einzelnen und seine Leistung in die Gruppenleistung integrieren. Eine Stärkung solidarischer Verhaltensweisen sowohl der besser als auch der weniger Begabten könnte die Folge sein.

Gegenüber anderen berufspädagogischen Teilkonzepten hat das Wiemannsche Konzept den Vorteil der Geschlossenheit und der Einbeziehung aller relevanten Bereiche des Bildungssystems. So würde z. B. allein die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres oder eines anderen 10. Pflichtschuljahres das Jungarbeiterproblem um ein Jahr verschieben, aber nicht grundsätzlich beheben.

Als echtes Alternativkonzept ist das vom BBF in Zusammenarbeit mit Metaplan und anderen Experten der Berufsbildung entwickelte Konzept der „Teilqualifikation im Baukastensystem“ anzusehen. Dieser Ansatz geht davon aus, daß viele Jugendliche, insbesondere wegen der langen Ausbildungsdauer, keine Berufsausbildung beginnen. Sei es, daß sie sich das Durchhaltevermögen nicht zutrauen, sei es, daß sie oder auch ihre Eltern ihrer eigenen Leistungsfähigkeit eine anspruchsvolle Berufsausbildung nicht zutrauen.

Diesen Bedenken käme ein Konzept entgegen, das es ermöglicht, die Berufsausbildung in Teilqualifikationen zu zerlegen, die nacheinander in einem flexiblen Lern-Zeit-System erworben werden können. Dies ermöglicht dem Lernenden zwischenzeitliche Erfolgserlebnisse und motiviert ihn zum Weitermachen. Die Gefahr des Abbruchs und der Stigmatisierung als Abbrecher ist weniger gegeben, dagegen besteht die Möglichkeit, auf diesem Wege schrittweise einen Grundberuf zu erlernen und abzuschließen.

Bei diesem Konzept besteht die Gefahr einer Überforderung derjenigen, die das Baukastensystem nicht durchschauen. Der einzelne ist sehr viel stärker auf sich selbst und seine eigenen Antriebskräfte gestellt. Außerdem könnte ein solches Ausbildungssystem von den Betrieben — ähnlich wie die Stufenausbildung — im Sinne der kurzfristigen, betriebspezifischen Anlernung genutzt werden, sofern die Steuerung des Angebots bei den Betrieben liegt, und damit gerade die weiterreichenden Intentionen dieses Ansatzes behindern.

Insofern ist dieses Konzept gefährlich, weil es die bei vielen Betrieben bestehende Tendenz zur Teilqualifizierung und Anlernung von Jungarbeitern verstärkt. So könnten in Reformkleidern die durch das BBiG verbannenen Werkerbildungen und andere Kurzausbildungsgänge wieder erscheinen<sup>53)</sup>.

## 5.5 Schlußbemerkung

In der Diskussion um die Lösung der Jungarbeiterproblematik schlägt sich u. a. die Tatsache nieder, daß sich Berufspädagogen seit über 50 Jahren bereits mit diesem Problem beschäftigen. Die am weitesten entwickelten Ansätze liegen aus diesem Bereich vor.

Grundlage dieser in Details durchaus voneinander abweichenden Konzeptionen ist die aus der Berufsbildungstheorie entnommene philosophische Grundausrichtung, die im „Beruf“ und in der „Berufsbildung“ ein „Instrument der Auseinandersetzung mit der Welt im Horizont einer bestimmten Gesellschaft und ihrer Bedingungen“ sieht und somit zugleich ein „Weg der Selbstfindung wie der Eingliederung in den sozialen Prozeß der Reproduktion und Produktion“ ist<sup>54</sup>).

Das Festhalten am Begriff und der Idee des Berufs bestimmt all diese Lösungsansätze: Das „berufslose“ Dasein der Jungarbeiter muß verändert werden durch die Einbindung in einen „Beruf“.

Andere, weniger weit verbreitete Lösungskonzeptionen, die nicht auf dem Boden der Berufsbildungstheorie entstanden sind, streben demgegenüber gerade keine „Berufsbildung“ an, die ihnen überholt und den modernen gesellschaftlichen Erfordernissen nicht mehr angemessen erscheinen. Als Alternative wird hier für die Jugendlichen im Anschluß an die allgemeinbildende Schule eine „Grundbildung für bestimmte Branchen“ angestrebt, „die einmündet in eine Tätigkeit als Industriearbeiter . . . Ziel der Grundbildung ist sowohl die Vermittlung notwendiger theoretischer Kenntnisse wie auch der erforderlichen praktischen Kenntnisse für Arbeitstätigkeiten oder Teilarbeitstätigkeiten in der gewählten Branche“<sup>55</sup>).

Das Wesentliche an diesem Ansatz ist die Suche nach neuen Ausbildungsgängen und -formen, die u. U. besser auf die qualifizierten industriellen Tätigkeiten und Arbeitsvollzüge vorbereiten als herkömmliche handwerkliche bzw. handwerklich orientierte „Berufs“ausbildungen.

Solche Ansätze sind auch und gerade dann erforderlich, wenn Veränderungen im Beschäftigungssystem angestrebt

werden, die eine Qualifizierung der Arbeitsplätze und der Arbeitstätigkeiten bewirken sollen. Für die Arbeit an „humanisierten“ Arbeitsplätzen sind Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich, die im Rahmen herkömmlicher Ausbildungsgänge im dualen System nicht erworben werden können, wie z. B. technische Sensibilität, Planungsfähigkeiten, Kommunikationsfähigkeit.

Die hier angesprochenen Probleme betreffen die Frage genereller Reformen im System der dualen Ausbildung, sie richten sich nicht primär auf die Lösung der Jungarbeiterproblematik. Doch zeigt sich hieran, daß die Jungarbeiterproblematik langfristig nicht einfach durch zusätzliche Ausbildungsangebote, sondern nur im Rahmen einer generellen Reform der dualen Ausbildung lösbar ist. Daher greifen alle vorgestellten berufspädagogischen Lösungsansätze zu kurz, wenn sie glauben, mit der Einbeziehung aller Jugendlichen in die Berufsausbildung das Jungarbeiterproblem zu lösen.

Wenn unter dem Druck des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung nach kurzfristig einsetzbaren Maßnahmen gesucht wird, um diesen potentiellen Jungarbeitern Bildungsangebote machen zu können, so sollte überlegt werden, ob öffentliche Mittel statt in einer Subvention herkömmlicher Ausbildungsbetriebe oder sonstiger Ausbildungsstätten nicht besser in Modellen für eine Neukonzeption von Ausbildungsgängen der oben geschilderten Art angelegt wären.

Solche Modellmaßnahmen wären sicherlich nicht für alle der in Kap. 5.2 aufgeführten Gruppen eine sinnvolle Lösung. Wahrscheinlich kämen sie eher für die weniger sozialisations- und schulgeschädigten Jugendlichen in Frage. Dies würde die bestehenden sozialpädagogisch orientierten Bildungsangebote, wie z. B. die Förderlehrgänge, von Teilnehmern entlasten, für die sie gar nicht gedacht sind.

Nicht jeder Lösungsansatz eignet sich für jeden potentiellen Jungarbeitertyp. Die hier vorgelegte Analyse sollte einen Beitrag zu einer differenzierten Problemsicht liefern und ein Plädoyer für ein der Vielfalt der Personengruppe angemessenes, differenziertes Maßnahmenkonzept sein.

## Literaturverzeichnis

Autorenkollektiv

Berufliche Sozialisation und gesellschaftliches Bewußtsein jugendlicher Erwerbstätiger, Frankfurt 1973

Autorengemeinschaft

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975. Anhang: Zur Beurteilung der weiteren Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, in: MittAB 1/1975, S. 60—74

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1975/76 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen beschäftigungspolitischer Maßnahmen, in: MittAB 1/1976

Biermann Horst, Berlin Brigitte

Maßnahmen zur Qualifizierung von (potentiellen) Jungarbeitern in der BRD. Materialien, im Auftrag des Bundesinstituts

Binkelmann Peter, Bohle Fritz, Schneller Irtraut

Industrielle Ausbildung und Berufsbildungsrecht. Betriebliche Interessen und öffentliche Einflußnahme in der beruflichen Grundbildung, Frankfurt/Main-Köln 1975

Brock Adolf

Asoziale Randgruppen oder Teil der Arbeiterfrage — Die Jungarbeiter als soziales und pädagogisches Problem, in: betrifft erziehung, Heft 7/1974, S. 34—36

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.)

Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1974

dieselbe

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Heft 1, 3, 9, 10/1975, Heft 1/1976

dieselbe

Projektgruppe „Arbeitslosigkeit Jugendlicher“, Bestandsaufnahme und kritische Analyse sowie Vorschläge für Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt — Arbeits-

<sup>54</sup>) K. Stratmann (1974), S. 43.

<sup>55</sup>) A. Brock (1974), S. 36.

marktprobleme Jugendlicher — Internes Arbeitspapier, Nürnberg, 16. 1.1975

dieselbe

Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA (ibv), Nr. 15 vom 14. 4.1976

Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (Hrsg.) 1974  
Berufliche Bildung für gesellschaftliche Randgruppen. Das Beispiel der Jungarbeiter. Arbeitsergebnisse einer gemeinsamen Tagung des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg und des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung in Berlin vom 7.—16. 12. 1973, in: Schriften zur Berufsbildungsforschung, Band 28, Hannover 1974

Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (Hrsg.) 1975  
vgl. Schweikert K. u. a.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft  
Grund- und Strukturdaten, Ausgabe 1975

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und Statistisches Bundesamt (Hrsg.)  
Bildung im Zahlenspiegel, Ausgabe 1975, Stuttgart und Mainz 1976

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung  
Bildungsgesamtplan, Stuttgart 1973

Chaberny Annelore, Gottwald Karen  
Strukturelle Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik Deutschland ab 1960 unter besonderer Berücksichtigung der Änderungen von Tätigkeits- und Anforderungsprofilen, in: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 57

Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen  
Empfehlungen und Gutachten. Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen, Folge 7/8, 1. Auflage, Stuttgart 1964

Deutscher Bildungsrat  
Die Bildungskommission, Bericht 1975. Entwicklungen im Bildungswesen, Bonn 1975

dieselbe (Hrsg.)  
Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, Bonn 1969

dieselbe (Hrsg.)  
Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970

Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.)  
Berufsbildung 1974/75, Bonn 1975

Drexel Ingrid, Nuber Christoph  
Die berufliche Qualifizierung von Jungarbeitern im Spannungsfeld von Betriebs- und Arbeitnehmerinteressen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 26 (1975) 9, S. 559—565

Dybowski Gisela, Rudolph Hedwig  
Überbetriebliche Ausbildung: Reformansatz oder Moment der Restauration, in: betrifft erziehung, Heft 7/1974, S. 27—29

Franz Udo, Hoffmann Michael (Hrsg.)  
Hauptschule. Erfahrungen — Prozesse — Bilanz, Kronberg/Ts. 1975

Gensior Sabine, Kraiss Beate

Arbeitsmarkt- und Qualifikationsstruktur. Zur Problematik der Ermittlung und Verallgemeinerung von Qualifikationsanforderungen, in: Soziale Welt 25 (1974) 3, S. 294—333

Gerstenberger Friedrich

Strukturelle Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik Deutschland ab 1960 unter besonderer Berücksichtigung der Änderungen von Tätigkeits- und Anforderungsprofilen, in: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 57

von Henniges Hasso

Bestimmungsgründe für die Veränderung des Umfangs der Facharbeiterausbildung in der Industrie, in: MittAB 4/1975

Höhn Elfriede (Hrsg.)

Ungelernte in der Bundesrepublik. Soziale Situation, Begabungsstruktur und Bildungsmotivation, Kaiserslautern 1974

Hofbauer Hans, Kraft Hermine

Materialien zur Statusmobilität bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 3/1972, S. 199—225

Hofbauer Hans, Kraft Hermine

Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit. Betriebs- und Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB 1/1974

Hollstein Walter, Meinhold Marianne

Einige Probleme von Theorie und Praxis schichtenspezifischer Sozialisationsforschung, in: Neue Praxis, Heft 1/1975, S. 1—7

Hurrlemann Klaus

Erziehungssystem und Gesellschaft. Reinbek/Hamburg 1975

Klein Klaus-Peter

Chancen und Probleme der beruflichen Integration von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß, in: Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 29, 1974

Kost Wilhelm

Berufsvorbereitende Maßnahmen als Hilfe zur beruflichen Eingliederung noch nicht berufsreifer Jugendlicher, in: Die Heimstatt, Heft 3—4/1974

Kühlewind Gerhard, Mertens Dieter, Tessaring Manfred

Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt. Eine Modellrechnung zur Aufnahmefähigkeit des berufsbildenden Bildungssystems für Übergänger aus dem allgemeinbildenden Schulsystem bis 1990, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Materialien zur Bildungspolitik, Heft 3, 1976 (z. Z. in Druck)

Lenhardt Gero

Jugendarbeitslosigkeit und Berufsbildungspolitik, in: Leviathan, Heft 4/1975

Lipsmeier Antonius

Berufspädagogische Problemanalyse, in: Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (Hrsg.), Berufliche Bildung für gesellschaftliche Randgruppen, Hannover 1975

Lutz Burkhardt, Sengenberger Werner

Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik, Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 26, Göttingen 1974

Metaplan, Gesellschaft für Planung und Organisation (Hrsg.)  
Enquete zur Lage der Jungarbeiter und Entwicklung von Maß-



nahmen zur Verbesserung ihrer Bildungssituation (abschließender Bericht), Quickborn 1974

Oesterland Martin, Deppe-Wolfinger Helga u. a.  
Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD (ein Forschungsbericht), 5. Auflage, Frankfurt/Main 1973

Rohrs Hans-Joachim  
Anmerkungen zur pädagogischen Diskussion über das Jungarbeiterproblem, in: DtBFsch. 69 (1973) 3, S. 167 ff.

Rohrs Hans-Joachim, Stratmann Karlwilhelm  
Die Jungarbeiterfrage als berufspädagogisches Problem. Gutachten im Auftrag des BBF, in: Klaus Schweikert u. a., Jugendliche ohne Berufsausbildung — ihre Herkunft, ihre Zukunft —, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Band 30, Hannover 1975

Schuster Lothar  
Zur Struktur der männlichen Arbeiterschaft in der Bundesrepublik Deutschland (aus der Untersuchung des IAB über Berufsverläufe), in: MittAB 2/1974

Schwarz Ursula, Stooß Friedemann  
Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen und Vorschläge zum Abbau des Gefalles, in: MittAB 2/1973

#### Abkürzungsverzeichnis

ANBA Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit  
BA Bundesanstalt für Arbeit  
BBF Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung  
BBiG Berufsbildungsgesetz

Schweikert Klaus, Grieger Dorothea, Wanninger Wolf, Seifert Hartmut, Mönikes Wolfgang, Schmidt-Hackenberg Dietrich

Jugendliche ohne Berufsausbildung — ihre Herkunft, ihre Zukunft — Schriften zur Berufsbildungsforschung, Band 30, Hannover 1975

Steiger Horst  
Der Einfluß des Elternhauses auf die schulische und berufliche Ausbildung der Kinder. Ergebnis der Zusatzbefragung zum Mikrozensus im Juli 1972, in: Wirtschaft und Statistik 1973, Heft 8, S. 462—466

Stratmann Karlwilhelm  
Berufsgrundschuljahr für Jungarbeiter? in: Schulmanagement (1974)6,5.41—44

Stooß Friedemann  
Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 2/1971

Wiemann Günter u. a.  
Ansätze zur Lösung des Jungarbeiterproblems. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1975

BLK Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung  
BMBW Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft  
DIHT Deutscher Industrie- und Handelstag  
HK Handwerkskammer